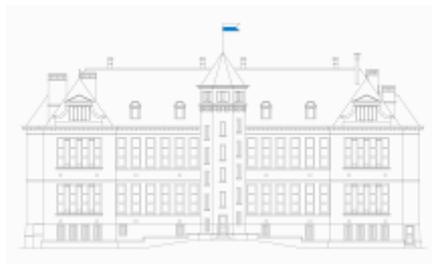


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Inhaltsverzeichnis

---

POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT.....	7
ER unterstützt Ukraine - bilaterale Gespräche mit Russland ausgesetzt, schärfere Sanktionen angedroht .....	7
<i>Merkel</i> plädiert in London für begrenzte EU-Reformen.....	8
Bestandsaufnahme der Kommission zur Strategie Europa 2020 .....	8
EP-Plenum vom 24.-27.02.2014 in Straßburg: Wesentliche Ergebnisse.....	9
Island: Regierung will Beitrittsantrag ohne Volksabstimmung zurückziehen .....	10
Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags in Brüssel .....	10
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR .....	10
INNENPOLITIK.....	10
JI-Rat am 03./04.03.2014 in Brüssel .....	10
ASYL UND MIGRATION .....	11
Rat erzielt Einigung über Bedingungen von konzerninternen Entsendungen; Zustimmung des EP noch in dieser Wahlperiode erwartet.....	11
EP nimmt Richtlinie über Zugangserleichterungen für Drittstaatsangehörige zu Forschungs-, Studien- und Schüleraustauschzwecken an .....	12
LIEBE-Ausschuss des EP stimmt für FRONTEX-Verordnung .....	12
EU und Tunesien vereinbaren Mobilitätspartnerschaft .....	13
TÜRKEI.....	13
EU-Parlament stimmt Rückübernahme-Abkommen mit der Türkei zu .....	13
ASYL UND MIGRATION .....	14
EuGH entscheidet im Fall „Saciri“ über den Umfang von Mindestleistungen an Asylbewerber .....	14
EP-Innenausschuss stimmt für Verlagerung der Europäischen Polizeiakademie (EPA) nach Budapest .....	14
FEUERWEHREN, RETTUNGSDIENST, KATASTROPHENSCHUTZ .....	15
EP stimmt für Europäisches Freiwilligenprogramm für humanitäre Hilfe nach Naturkatastrophen .....	15
VERKEHR .....	16
EP stimmt Verordnungsentwurf für die Einführung von eCall-Notrufsystemen in KFZ zu .....	16
Schienenverkehr: EP verabschiedet Viertes Eisenbahnpaket, nimmt wesentliche Änderungen vor.....	17
EP verabschiedet Kompromiss zur Verringerung der CO <sub>2</sub> -Emissionen von Pkw.....	17
Luftverkehr: EP stimmt für neue Regelungen zur Erhöhung der Sicherheit in der zivilen Luftfahrt; „Whistleblower“ sollen besser geschützt werden .....	18
<i>Dr. Matthias Ruete</i> übernimmt Leitung der Generaldirektion für Innere Angelegenheiten .....	18



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	19
JI-Rat: Ergebnisse aus dem Geschäftsbereich des StMJ .....	19
EP stimmt für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht.....	19
EP ebnet den Weg für die Europäische Ermittlungsanordnung .....	20
EP stimmt für Sicherstellung und Einziehung von Vermögen aus Straftaten .....	20
EP fordert Nachbesserung beim Europäischen Haftbefehl.....	21
Abstimmung im EP über den Umgang mit sexueller Ausbeutung und Prostitution .....	21
EP stimmt für Initiativbericht über Abgaben für Privatkopien .....	22
EP stimmt über Änderungsanträge zur Revision der Versicherungsvermittler-RL ab .....	22
AStV bestätigt Trilogeinigung über nichtfinanzielle Berichtspflichten.....	23
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT .....	23
EUROPÄISCHES SEMESTER .....	23
Umsetzung des Verfahrens wegen makroökonomischer Ungleichgewichte .....	23
Bestandsaufnahme der Kommission zur Strategie Europa 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMFLH.....	24
EP: Entschließung zum Europäischen Semester.....	25
WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION .....	25
Winterprognose der Kommission .....	25
Troika zufrieden mit Portugals Fortschritten.....	26
STEUER.....	26
EuGH: Unterschiedliche Mehrwertsteuer auf Taxis und Mietwagen mit Fahrgestellung in Deutschland nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig .....	26
EP zur Standard-Mehrwertsteuererklärung angehört.....	27
EU-HAUSHALT .....	27
Hochrangige EU-Gruppe zu Eigenmitteln eingesetzt .....	27
EP fordert stärkere Leistungskultur in der Haushaltsführung.....	27
Kommission: Erleichterungen beim Zugang zu EU-Fördermitteln .....	28
SONSTIGES.....	28
Trilogeinigung zu Breitbandausbau .....	28
Richtlinienvorschlag über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen: EP fordert insbesondere weitergehenden Anwendungsbereich.....	29
Kommission verabschiedet Regulierungsstandards zu Bankergehältern .....	29
EP begrüßt Pläne der Kommission zur langfristigen Finanzierung der europäischen Wirtschaft.....	30
EP beschließt Änderungsanliegen bei Versicherungsvermittler-Richtlinie, schliesst aber erste Lesung nicht ab .....	30
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE.....	31
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE .....	31



Vertiefte Überprüfung makroökonomischer Ungleichgewichte – Kommission sieht für Deutschland kein „übermäßiges“ Ungleichgewicht .....	31
Bestandsaufnahme der Kommission zur Strategie Europa 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMWi .....	31
Winterprognose der Kommission .....	32
EP: Entschließung zum Europäischen Semester 2014.....	32
EP spricht sich für effektivere Binnenmarkt-Governance im Rahmen des Europäischen Semesters aus	33
Handel mit „Konfliktmineralien“ – Kommissionsvorschlag für EU-System der freiwilligen Selbstzertifizierung .....	33
Ergebnisse des Wettbewerbsfähigkeitsrats – Bereich Industrie und Binnenmarkt.....	33
EP billigt Trilogeinigung zur CO <sub>2</sub> -Regulierung für PKW .....	34
EP stimmt der verpflichtenden Einführung von eCall-Notrufsystemen in Kfz zu.....	34
Kommission schlägt Kriterien zur Identifizierung des Bankpersonals vor, das Boni-Vorschriften in der Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV) unterliegen soll .....	35
EP begrüßt Pläne der Kommission zur langfristigen Finanzierung der europäischen Wirtschaft.....	35
EP beschließt Änderungsanliegen bei Versicherungsvermittler-Richtlinie, schliesst aber erste Lesung nicht ab .....	35
Binnenmarktanzeiger der Kommission – Leichter Anstieg des Umsetzungsdefizits .....	36
EP fordert zielorientiertere Kohäsionspolitik und aussagekräftigere Fortschrittsberichte .....	36
<b>ENERGIE .....</b>	<b>37</b>
Energierat und Umweltrat – große Uneinigkeit zu 2030-Zielen für die Energie- und Klimapolitik .....	37
<b>TECHNOLOGIE UND INNOVATION .....</b>	<b>37</b>
Ergebnisse des Wettbewerbsfähigkeitsrats – Bereich Forschung und Raumfahrt .....	37
Trilogeinigung zur Errichtung Gemeinsamer Technologieinitiativen sowie weiterer Gemeinsamer Unternehmen im Rahmen von Horizont 2020 .....	38
Kommissionsberichte zur Innovationsleistung der Mitgliedstaaten sowie der Regionen 2014: Europa innovativer, aber weiter regionale Unterschiede .....	38
<b>SONSTIGES.....</b>	<b>38</b>
EP billigt Trilogeinigung zur neuen Tabakprodukte-Richtlinie .....	38
AStV bestätigt Trilogeinigung über nichtfinanzielle Berichtspflichten.....	39
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN .....</b>	<b>39</b>
EU-Schutz für die „Bayerische Breze“ .....	39
Entwurf zur Veränderung des EU-Beihilferechts im Bereich Land- und Forstwirtschaft veröffentlicht .....	40
Kommission veröffentlicht Bericht über Verteilung der Direktzahlungen im Jahr 2012 .....	40
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION.....</b>	<b>40</b>
EP-Plenum vom 24.-27.02.2014 in Straßburg – Ergebnisse aus dem Bereich des StMAS .....	40
Bestandsaufnahme der Kommission zur Strategie Europa 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMAS.....	43



AStV bestätigt Trilogeinigung zur Entsendung .....	43
AStV bestätigt Trilogeinigung über nichtfinanzielle Berichtspflichten.....	44
EuGH-Urteil zur Unterbringung von Asylbewerbern.....	44
Europäischer Monitor für offene Stellen mit besonderem Schwerpunkt auf Südeuropa .....	45
Europäischer Tag der Lohngleichheit am 28. Februar zeigt, dass sich am Lohngefälle nichts verändert hat .....	45
Bestandsaufnahme der Kommission nach einem Jahr Sozialinvestitionspaket .....	45
Arbeitslosenquote im Euroraum im Januar 2014 erneut bei 12 % .....	46
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST .....</b>	<b>46</b>
Ergebnisse des EU-Bildungsministerrats am 24.02.2014 .....	46
Wettbewerbsfähigkeitsrat am 21.02.2014: Ergebnisse aus dem Geschäftsbereich des StMBW .....	47
Bestandsaufnahme der Kommission zur Strategie Europa 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMBW .....	47
EP nimmt Richtlinie über Zugangserleichterungen für Drittstaatsangehörige zu Forschungs-, Studien- und Schüleraustauschzwecken an .....	48
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ.....</b>	<b>48</b>
ENERGIE .....	48
Energierat und Umweltrat – große Uneinigkeit zu 2030-Zielen für die Energie- und Klimapolitik .....	48
EP-PLENUM .....	49
EP-Plenum vom 24. - 27.02.2014 in Straßburg - Ergebnisse aus dem Bereich des StMUV .....	49
Bestandsaufnahme der Kommission zur Strategie Europa 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUV.....	50
Kommission beabsichtigt Vorschlag zur Bodenschutz-Rahmenrichtlinie zurückzuziehen .....	50
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE .....</b>	<b>50</b>
EP-PLENUM .....	50
EP-Plenum vom 24. - 27.02.2014 in Straßburg - Ergebnisse aus dem Geschäftsbereich des StMGP ...	50
GESUNDHEITSWESEN.....	51
Konzessionsrichtlinie: Ausschreibung von Krankentransporten .....	51
Tag der seltenen Krankheiten .....	51
Bestandsaufnahme der Kommission zur Strategie Europa 2020 .....	51
<b>IUK- UND MEDIENPOLITIK.....</b>	<b>52</b>
Bestandsaufnahme der Kommission zur Strategie Europa 2020: Schwerpunkte aus dem Bereich IKT- und Medienpolitik.....	52
EP-Industrieausschuss vertagt Entscheidung über Verordnungsvorschlag für einen einheitlichen europäischen Telekommunikationsmarkt.....	52
Studie zu geblockten Internet-Inhalten und zur Netzgeschwindigkeit veröffentlicht .....	53
Rat verabschiedet Richtlinie zur EU-weiten Nutzung von Online-Musik.....	53



EP stimmt für Barrierefreiheit öffentlicher Websites..... 54



## POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

---

### ER UNTERSTÜTZT UKRAINE - BILATERALE GESPRÄCHE MIT RUSSLAND AUSGESETZT, SCHÄRFERE SANKTIONEN ANGEDROHT

Der Europäische Rat (ER) hat bei einer Sondersitzung am 06.03.2014 Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine beschlossen und einen Drei-Stufen-Plan über Sanktionen gegen Russland vereinbart. Wie bereits der Rat vom 03.03.2014 verurteilt der ER die „Verletzung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine durch die russische Föderation“ scharf und fordert die unverzügliche Rückkehr der russischen Streitkräfte in die mit der Ukraine vereinbarten Standorte. Das Referendum über den Status der Region, das der Oberste Rat der Krim am 05.03.2014 bereits für den 16.03.2014 angesetzt habe, sei unrechtmäßig. Der Drei-Stufenplan sieht die sofortige Aussetzung der bilateralen Gespräche EU Russland über eine neues Partnerschaftsabkommen (EB 03/14) und Visaerleichterungen vor. Sofern keine Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland zur Lösung der Krise aufgenommen werden und zu Ergebnissen führen, sollen schärfere politische Maßnahmen wie Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten gegen Verantwortliche verhängt und ggf. das nächste halbjährliche Gipfeltreffen EU-Russland abgesagt werden. Bei „weiteren Schritten Russlands zur Destabilisierung“ droht die EU weitreichende Wirtschaftssanktionen an. In den Tagen zuvor hatten auch die USA Sanktionen gegen Russland verhängt und gezielte Maßnahmen gegen Verantwortliche angekündigt. Der ER würdigt zudem Mut und Durchhaltevermögen des ukrainischen Volkes und die maßvolle Reaktion der neuen Regierung zu den Vorgängen auf der Krim. Der ER betont, dass die EU zur Ukraine steht und ihr finanziellen Rückhalt zusichert. Das von der Kommission am 05.03.2014 vorgelegte Hilfsprogramm soll rasch umgesetzt werden. Das fertig ausgehandelte Assoziierungs- und Freihandelsabkommen EU-Ukraine soll unterzeichnet werden. Bereits in Kürze sollen „alle politischen Kapitel“ des Abkommens unterzeichnet und einseitige Maßnahmen (z.B. Zollsenkungen) ergriffen werden, durch die die Ukraine bereits von den Vorteilen der Freihandelszone mit der EU profitieren kann.

Das von der Kommission vorgeschlagene Hilfspaket im Umfang von insgesamt 11 Milliarden € für die nächsten Jahre zu Gunsten der Ukraine soll kurz- und mittelfristig zu Stabilisierung und Reformen beitragen. Der Löwenanteil soll aus Programmen der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Osteuropabank bestehen.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom 06.03.2014:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/ec/141381.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/141381.pdf)

Statements von ER-Präsident *Van Rompuy* und KOM-Präsident *Barroso* nach dem Gipfel:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/ec/141373.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/141373.pdf)

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-14-190\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-190_en.htm)



Ratschlussfolgerungen vom 03.03.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/141291.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/141291.pdf)

Hilfspaket der Kommission vom 05.03.2014:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-219\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-219_en.htm)

Erklärung der G7:

<http://m.whitehouse.gov/the-press-office/2014/03/02/g-7-leaders-statement>

## **MERKEL PLÄDIERT IN LONDON FÜR BEGRENZTE EU-REFORMEN**

Bundeskanzlerin *Merkel* hat am 27.02.2014 vor beiden Kammern des britischen Parlaments gesprochen und dabei betont, dass die EU „ein starkes Vereinigtes Königreich mit einer starken Stimme“ braucht. An die Rede waren hohe Erwartungen gerichtet, weil sich Premierminister *Cameron* Unterstützung für seine Forderung nach neuen Verhandlungen über das Verhältnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erhoffte. *Cameron* will bei einem Wahlsieg 2015 eine solche neue Vereinbarung auszuhandeln und die britische Bevölkerung bis Ende 2017 abstimmen zu lassen, ob das Land in der EU bleiben soll (EB 02/13).

*Merkel* betonte das gemeinsame Ziel einer starken, wettbewerbsfähigen EU, die ihre Kräfte bündelt“. Die vertraglichen Grundlagen der Wirtschafts- und Währungsunion müssten begrenzt, gezielt und zügig angepasst werden. Außerdem müsse das Subsidiaritätsprinzip in Europa mehr Beachtung finden, die EU dürfe nur regeln, was in den Mitgliedstaaten nicht ausreichend geregelt werden kann. Weitere Erwartungen, sowohl Hoffnungen auf ein Plädoyer für eine fundamentale Reform der europäischen Architektur als auch Wünsche, dass sie den Veränderungswünschen des Vereinigten Königreichs eine klare Absage erteile, müsse sie enttäuschen, erklärte die Bundeskanzlerin.

Rede von Bundeskanzlerin *Merkel* in London:

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2014/02/2014-02-27-rede-merkel-brit-parl.html>

## **BESTANDSAUFNAHME DER KOMMISSION ZUR STRATEGIE EUROPA 2020**

Der ER hat 2010 eine neue Strategie „Europa 2020“ für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum beschlossen (EB 12/10). Damit wollten die Staats- und Regierungschefs mittel- und langfristige Reformen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung anstoßen. Im Mittelpunkt der Strategie stehen fünf „EU-Kernziele“ bis 2020: Förderung der Beschäftigung, Verbesserung der Bedingungen für Innovationen, Umsetzung der EU-Klimaschutz- und Energieziele, Verbesserung des Bildungsniveaus und Verringerung der Armut. Am 05.03.2014 hat die Kommission eine Zwischenbilanz der bisherigen Umsetzung der Europa-2020-Strategie gezogen. Die EU sei auf gutem Weg, die Bildungs-, Klima- und Energieziele zu erreichen. Defizite zeigten sich dagegen bei den Zielen betreffend Beschäftigung, Forschung und Entwicklung sowie Abbau der Armut. Die Kommission will mit der Vorlage eine Debatte beim ER am 20./21.03.2014 anstoßen



und im Frühjahr eine öffentliche Konsultation vorlegen, deren Ergebnisse in weitere Vorschläge der neuen Kommission Anfang 2015 münden sollen.

Die Zwischenbilanz der Kommission wird in den betroffenen Geschäftsbereichen in diesem EB näher dargestellt.

Pressemitteilung der Kommission (deutsch):

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12145\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12145_de.htm)

Ergänzende Informationen der Kommission (englisch):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-149\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-149_en.htm)

Text der Mitteilung (deutsch):

[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking_de.pdf)

### **EP-PLENUM VOM 24.-27.02.2014 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE**

Die Plenarwoche wurde durch die Ereignisse in der Ukraine (s. eigener Beitrag oben) überschattet. Bei Sitzungseröffnung erhoben sich die Abgeordneten zu einer Schweigeminute für die Opfer in der Ukraine.

Am 26.02.2014 sprach mit dem tschechischen Staatspräsident *Zeman* erneut ein Staats- und Regierungschef eines Mitgliedstaats zu den Abgeordneten. Er bekräftigte den pro-europäischen Kurs seines Landes und wies darauf hin, dass die Tschechische Republik den EU-Fiskalpakt, den sein Vorgänger *Klaus* abgelehnt hatte, nunmehr unterzeichnen will. Außerdem brachte *Zeman* seine Hoffnung auf einen baldigen Euro-Beitritt Tschechiens zum Ausdruck und sprach sich für eine künftige gemeinsame europäischen Armee aus. Gleichzeitig wandte er sich gegen zu weitgehende europäische Regelungen und Bürokratie. Scharf kritisierte er das EU-Verbot für Glühbirnen und den „Wanderzirkus“ des EP zwischen Straßburg und Brüssel.

Auf breite Kritik traf das Ergebnis des Referendums in der Schweiz vom 09.02.2014 zur Beschränkung der Zuwanderung von EU-Bürgern. Mehrere Redner bekundeten einerseits Respekt vor der Entscheidung, verwiesen gleichzeitig aber auf die geltenden Verträge und sprachen sich gegen „Rosinenpickerei“ durch die Schweiz aus.

Im außenpolitischen Teil der Debatte ging es neben der Ukraine auch um den Einsatz bewaffneter Drohnen. In einer Entschließung zeigte sich das EP besorgt über Drohneneinsätze außerhalb des Völkerrechts und forderte Schritte der EU gegen rechtswidrige, gezielte Tötungen mittels Drohnen.

Im Rahmen einer Änderung seiner Geschäftsordnung beschloss das EP, dass künftig alle Schlussabstimmungen über Berichte in den Ausschüssen namentlich erfolgen. Bisher wurde dort in der Regel per Handzeichen abgestimmt.



Die Beschlüsse der Plenarwoche finden sich unter:

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>

## **ISLAND: REGIERUNG WILL BEITRITTSANTRAG OHNE VOLKSABSTIMMUNG ZURÜCKZIEHEN**

Die isländische Regierung will keine Volksabstimmung über die Fortsetzung der 2010 begonnenen Beitrittsverhandlungen mit der EU mehr durchführen. Stattdessen wollen die Regierungsparteien, die im Wahlkampf 2103 gegen weitere Verhandlungen mit der EU plädiert hatten, den 2009 gestellten Beitrittsantrag unmittelbar zurückziehen.

## **WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS DES BAYERISCHEN LANDTAGS IN BRÜSSEL**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie des Bayerischen Landtags war am 26./27.02.2014 unter Leitung seines Vorsitzenden, Staatsminister a.D. *Erwin Huber*, zu einem Informationsaufenthalt in Brüssel. Die 14 Abgeordneten trafen mit den Kommissaren *Almunia*, *Hahn* und *Oettinger* zusammen. Weitere Gesprächspartner waren der Kommissions-Generaldirektor für Verkehrspolitik, Mitglieder der Kabinette der Kommissare *De Gucht* und *Tajani* sowie der Ständige Vertreter Deutschlands bei der EU.

## **STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR**

---

### **INNENPOLITIK**

#### **JI-RAT AM 03./04.03.2014 IN BRÜSSEL**

Am 03./04.03.2014 fand in Brüssel der JI-Rat statt. Wie erwartet wurden keine Beschlüsse gefasst, sondern laufende Beratungen auf Minister-Ebene fortgeführt und Zwischenstände formuliert:

- Migrationsdruck:

Die KOM sowie die EU-Agenturen FRONTEX und EASO berichteten über die jüngsten Entwicklungen bei Migrationsströmen in bzw. nach Europa. Demnach waren 2013 die höchsten Asylbewerber-Zahlen seit 2007 zu verzeichnen. Hauptherkunftsland ist Syrien, größte Hauptherkunftsregion jedoch der Westbalkan. Der Rat kam überein, die genannten Entwicklungen aufmerksam weiterzuverfolgen und bat KOM und Agenturen, anlassbezogen zu berichten.

- Task Force Mittelmeer:



Der Rat begrüßte die auf den fünf, in der Mitteilung der KOM zur Task Force definierten Handlungsfeldern erzielten Fortschritte. Die KOM ist gebeten, beim JI-Rat im Juni ausführlich Bericht zu erstatten.

- Europol-Verordnung:

Da eine sehr große Mehrheit der MS den Vorschlag der KOM über die Auflösung der Europäischen Polizeiakademie (EPA/CEPOL) und Integration in Europol nicht mitträgt, wurde die KOM gebeten, den vorgelegten Vorschlag zur Europol-Verordnung anzupassen sowie auch einen Vorschlag vorzulegen, wie die bisherige Rechtsgrundlage von EPA/CEPOL überarbeitet werden sollte.

- Künftige Entwicklung im Bereich Justiz und Inneres (Post-Stockholm-Prozess):

KOM *Malmström* stellte die Grundlinien der für 11.03.2014 erwarteten Mitteilung zu den Leitlinien der künftigen EU-Innen- und Justizpolitik vor. Der Rat wird sich auf seiner Juni-Tagung mit dem Vorschlag der KOM, aber auch den Rückmeldungen aus Mitgliedstaaten und Interessengruppen befassen.

- EU-Datenschutzreform:

Der Rat teilte als Ergebnis mit, dass die KOM-Vorschläge in zentralen Teilen – etwa hinsichtlich Anwendungsbereich und wichtiger Fragen wie dem Umgang mit Datenübermittlungen in Drittstaaten – „breit unterstützt“ worden seien. Andererseits solle nun zunächst die Arbeit auf technischer Ebene (in der Ratsarbeitsgruppe DAPIX) weitergehen. Vor diesem Hintergrund erscheint eine allgemeine Ausrichtung bereits auf dem Juni-JI-Rat unwahrscheinlich.

PM des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/jha/141295.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/jha/141295.pdf)

## ASYL UND MIGRATION

### RAT ERZIELT EINIGUNG ÜBER BEDINGUNGEN VON KONZERNINTERNEN ENTSENDUNGEN; ZUSTIMMUNG DES EP NOCH IN DIESER WAHLPERIODE ERWARTET

Am 27.02.2014 verständigte sich der ASv des Rats darauf, dem zuvor von den Berichterstattern der EP-Ausschüsse EMPL und LIBE gebilligten Kompromiss zum KOM-Vorschlag einer Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung von Arbeitnehmern zuzustimmen. Nach der Zustimmung des Rats zum Kompromissvorschlag wird nun von einer Annahme durch Ausschüsse und Plenum des EP noch während der



aktuellen Wahlperiode ausgegangen. Als Termin für die Annahme in erster Lesung ist der 16.04.2014 vorgesehen.

Bericht des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-464.961+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

### **EP NIMMT RICHTLINIE ÜBER ZUGANGSERLEICHTERUNGEN FÜR DRITTSTAATSANGEHÖRIGE ZU FORSCHUNGS-, STUDIEN- UND SCHÜLERAUSTAUSCHZWECKEN AN**

Das Plenum des EP hat am 25.02.2014 in Straßburg dem Vorschlag einer Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen in erster Lesung zugestimmt (siehe hierzu auch Beitrag des StMBW in diesem EB).

Für den Verwaltungsvollzug relevant: Die Mitgliedstaaten sollen für die Bearbeitung der Anträge Gebühren erheben dürfen. Die Gebühren dürfen jedoch nicht übermäßig oder unverhältnismäßig hoch sein in dem Sinne, dass sie die Erfüllung der Ziele der Richtlinie behindern, so die Abgeordneten. Werden die Gebühren von den Drittstaatsangehörigen bezahlt, haben sie Anspruch auf Erstattung der Kosten durch die aufnehmende Einrichtung bzw. Gastfamilie.

Der vom EP angenommene Text ist Grundlage für Trilogverhandlungen mit KOM und Rat. Da im AStV noch kein Standpunkt festgelegt werden konnte, ist derzeit nicht absehbar, wann diese beginnen werden.

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2014-0122&language=DE>

PM des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140221IPR36640/html/Die-EU-soll-attraktiver-f%C3%BCr-Studierende-und-Forscher-aus-Drittstaaten-werden>

Vorgangsdokumentation des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2013/0081%28COD%29&l=en>

### **LIBE AUSSCHUSS DES EP STIMMT FÜR FRONTEX-VERORDNUNG**

Am 20.02.2014 stimmte der LIBE-Ausschuss des EP mit 35 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen für den FRONTEX-Verordnungsvorschlag der KOM zur Festlegung von Regelungen für die Überwachung der Seeaußengrenzen. Durch die VO werden bindende Regelungen für die FRONTEX-Seegrenzkontrollen festgelegt, insbesondere im Hinblick auf die Operationen der Grenzwaache bei der Suche, Rettung und Identifizierung von Migranten auf See.



Die Möglichkeit der Zurückweisung von Flüchtlingen auf hoher See wurde auf Druck des EP aus dem Verordnungstext gestrichen. Es besteht nun eine Verpflichtung zur Rettung von Menschenleben. Dies soll Unglücksfällen, wie dem vor Lampedusa vom Oktober vergangenen Jahres, vorbeugen. Zusätzlich wurde von den Abgeordneten des LIBE-Ausschuss die Forderung aufgenommen, dass Kapitäne und die Schiffsbesatzungen von Rettungsaktionen auf See keine strafrechtliche Verfolgung fürchten müssen.

Der Vorschlag der KOM war notwendig geworden, nachdem der EUGH die bisherige Rechtslage mangels Beteiligung des EP für rechtswidrig erachtet hatte (C-355/10). Das Plenum wird sich voraussichtlich im April mit der Verordnung befassen.

PM des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20140217IPR36236%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=DE>

Bericht des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2013-0317&language=DE#top>

## **EU UND TUNESIEN VEREINBAREN MOBILITÄTSPARTNERSCHAFT**

Nach Abschluss der Verhandlungen am 13.11.2013 haben Tunesien und die Europäische Union am 03.03.2014 förmlich eine Mobilitätspartnerschaft vereinbart. Ziel ist es, den Personenverkehr zwischen der EU und Tunesien zu erleichtern und zu einer gemeinsamen, wirksamen Steuerung der Migrationsströme beizutragen. Zudem einigten sich die EU und Tunesien zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen zur Rückübernahme illegaler Migranten. Im Gegenzug wird Tunesien ein Abkommen zur Erleichterung der Visa-Vergabeverfahren in Aussicht gestellt. Die Mobilitätspartnerschaft ist nach der mit Marokko die zweite Übereinkunft dieser Art mit einem Mittelmeeranrainerstaat.

PM der KOM:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-208\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-208_de.htm)

## **TÜRKEI**

### **EU-PARLAMENT STIMMT RÜCKÜBERNAHME-ABKOMMEN MIT DER TÜRKEI ZU**

Am 26.02.2014 stimmte das Parlament per Handzeichen dem am 16.12.2013 in Ankara (EB 01/14) unterzeichneten Rückübernahme-Abkommen zwischen der EU und der Türkei zu.

Das Abkommen muss nun noch von der EU und der Türkei ratifiziert werden. Die Regelungen werden sodann zwei Monate nach erfolgter Ratifizierung in Kraft treten, mit Ausnahme derjenigen Regeln, die sich auf Angehörige aus Drittländern beziehen und die Türkei keine bilateralen Vereinbarungen getroffen hat. Für diese Länder gilt eine Frist von drei Jahren.



Pressemittlung EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140221IPR36642/html/EU-T%C3%BCrkei-Ja-zum-Abkommen-f%C3%BCr-R%C3%BCck%C3%BCbernahme-illegaler-Einwanderer>

## ASYL UND MIGRATION

### EUGH ENTSCHEIDET IM FALL „SACIRI“ ÜBER DEN UMFANG VON MINDESTLEISTUNGEN AN ASYLBEWERBER

Am 27.02.2014 entschied der EuGH in der Rs. C-79/13, dass eine Geldleistung, die Asylbewerbern gewährt wird, diese in die Lage versetzen muss, gegebenenfalls auf dem privaten Wohnungsmarkt eine Unterkunft zu finden. Im Fall ging es um die Familie Saciri, die in Belgien einen Asylantrag gestellt hatte, aber noch am selben Tag die Mitteilung erhielt, man könne ihr keine lokale Aufnahmestruktur (Unterbringungsmöglichkeit) anbieten. Daraufhin wurden sie an das Öffentliche Sozialzentrum weiterverwiesen. Nachdem die Familie jedoch keine Unterkunft vom Sozialhilfezentrum bekommen können, versuchte sie ihr Glück auf dem privaten Wohnungsmarkt. Da die Familie aber finanziell nicht in der Lage war, die Miete zu begleichen, stellte sie einen Antrag auf finanzielle Unterstützung, die ihr jedoch mit der Begründung verweigert wurde, dass die von der Asylagentur bereitgestellte Aufnahmestruktur für sie zuständig sei. Hiergegen wandte sich die Familie. Die zu zahlende Leistung muss nach der Entscheidung des EuGH so hoch sein, dass minderjährige Kinder bei ihren Eltern wohnen können. Wird die Unterbringung nicht als Sachleistung gewährt, muss die Geldleistung den Asylbewerber zumindest in die Lage versetzen, eine Unterkunft auf dem privaten Wohnungsmarkt zu finden, wobei er nicht darauf bestehen kann, dass diese nach seinen persönlichen Vorlieben gestaltet ist.

Pressemittlung des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-02/cp140024de.pdf>

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=148395&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=161609>

### EP-INNENAUSSCHUSS STIMMT FÜR VERLAGERUNG DER EUROPÄISCHEN POLIZEIAKADEMIE (EPA) NACH BUDAPEST

Der LIBE-Ausschuss des EP hat am 20.02.2014 der vom Rat vorgeschlagenen – vorläufigen – Verlagerung der Europäischen Polizeiakademie (EPA/CEPOL) von Bramshill (GBR) nach Budapest (UNG) zugestimmt. Die Entscheidung fiel mit 36 zu 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Notwendig wurde sie, weil Großbritannien die von der EPA genutzte Liegenschaft veräußern wird. Deshalb ist eine Verlagerung bereits zum Jahreswechsel zwingend erforderlich. Die Entschließung des EP-Ausschusses sieht vor, dass Großbritannien einen Teil der Kosten für die Verlagerung tragen muss.



Die KOM hatte Den Haag präferiert. Durch eine Ansiedlung dort einschließlich einer Verschmelzung mit EUROPOL wären aus Sicht der KOM Synergieeffekte, Einsparungen und letztlich auch eine Reduzierung der Zahl an EU-Behörden zu erzielen. Der EP-Innenausschuss wiederum folgte der Haltung des Rats, wonach die EPA als eigenständige Institution mit entsprechenden Aufgaben und Privilegien erhalten bleiben soll.

Der Rat hat unterdessen auf dem JI-Rat am 03./04.03.2014 zur EPA/CEPOL beraten und die KOM aufgefordert, den vorgelegten Vorschlag zur Europol-Verordnung anzupassen sowie auch einen Vorschlag vorzulegen, wie die bisherige Rechtsgrundlage von EPA/CEPOL überarbeitet werden sollte.

Stellungnahme der KOM zur Haltung des Rates:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2014:0007:FIN:DE:PDF>

Webseite der EPA/CEPOL:

<https://www.cepol.europa.eu/>

## FEUERWEHREN, RETTUNGSDIENST, KATASTROPHENSCHUTZ

### EP STIMMT FÜR EUROPÄISCHES FREIWILLIGENPROGRAMM FÜR HUMANITÄRE HILFE NACH NATURKATASTROPHEN

Das Plenum des EP hat am 25.02.2014 dem Verordnungsvorschlag zur Einrichtung des Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe – „EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe“ – zugestimmt. Die Initiative der KOM zielt auf die Schaffung eines europäischen Instruments für die Organisation und Koordination von humanitärer Hilfe gegenüber Drittstaaten sowie zur besseren Nutzung des freiwilligen Engagements von EU-Bürgern. Gemäß Entschließung des EP sollen für das Vorhaben im Zeitraum 2014-2020 insgesamt knapp 148 Mio. € zur Verfügung stehen. Mit dieser Finanzausstattung sollen im genannten Zeitraum insgesamt ca. 4.000 Freiwillige in Drittstaaten entsandt werden. Die Verwendung der Mittel soll durch Delegierte Rechtsakte der KOM gesteuert werden, die hierzu jährliche Arbeitsprogramme vorlegen wird.

Nach dem EP muss sich nun der Rat zu dem Dossier positionieren. Da in der zuständigen Ratsarbeitsgruppe bereits letzte Details besprochen werden, dürfte eine Verabschiedung noch während dieser Wahlperiode möglich sein.

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0123+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Verordnungsvorschlag der KOM:

[http://www.bundesrat.de/cln\\_051/SharedDocs/Drucksachen/2012/0501-600/zu568-12,templateld=raw,property=publicationFile.pdf/568-12%28zu%29.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_051/SharedDocs/Drucksachen/2012/0501-600/zu568-12,templateld=raw,property=publicationFile.pdf/568-12%28zu%29.pdf)

Interview mit EP-Berichterstatterin MdEP *Michèle Striffler* (FRA):



<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140226STO37007/html/Europ%C3%A4isches-Freiwilligenprogramm-f%C3%BCr-humanit%C3%A4re-Hilfe-nach-Naturkatastrophen>

Vorgangsdokumentation des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2013-0158+0+DOC+XML+V0//DE#title2>

## VERKEHR

### EP STIMMT VERORDNUNGSENTWURF FÜR DIE EINFÜHRUNG VON ECALL-NOTRUFSYSTEMEN IN KFZ ZU

Am 26.02.2014 stimmte das Plenum des EP in erster Lesung mit 485 zu 151 Stimmen bei 32 Enthaltungen dem Verordnungsentwurf zur Einführung von eCall- Notrufsystemen zu. Diese sollen bereits ab Oktober 2015 verpflichtend in neue Kfz eingebaut werden. Durch rechtzeitige, automatisierte Notrufe sollen eCall-Systeme künftig europaweit bis zu 2.500 Leben pro Jahr retten. Die Schwere von Verletzungen bei Verkehrsunfällen und die gesundheitlichen Folgen sollen erheblich verringert werden. An Mehrkosten werden dabei ca. 100 € pro Fahrzeug erwartet, die jedoch nicht an die Kunden weitergegeben werden sollen. Bei einem Unfall dürfen nur Informationen zur Aktivierung (manuell oder automatisch), zum Fahrzeugtyp, zum Treibstoff, zum Unfallzeitpunkt, zur Fahrzeugposition, Fahrtrichtung und zur Anzahl der angelegten Sicherheitsgurte übertragen werden. Der verpflichtende Einbau von eCall-Systemen birgt Potential, zur Lösung auch des Problems der mangelnden Bekanntheit der einheitlichen europäischen Notrufnummer 112 (EB 04/14) beizutragen, da die Rettungsdienste automatisch vom System verständigt werden.

Nach der Annahme durch das EP muss sich nun der Rat positionieren. Das „Geschwisterdossier“, nämlich der „Beschluss über die Einführung des interoperablen EU-weiten eCall-Dienstes“, mit dem die öffentliche Infrastruktur eCall-tauglich gemacht werden soll, soll im April vom EP verabschiedet werden.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140224IPR36860/html/Parlament-unterst%C3%BCtzt-lebensrettendes-eCall-System-f%C3%BCr-Autos>

Angenommener Text (s. Texte Teil 2):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20140226%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE>

eCall-Verordnungsentwurf der KOM:

[http://www.europarl.europa.eu/registre/docs\\_autres\\_institutions/commission\\_europeenne/com/2013/0316/COM\\_COM\(2013\)0316\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/registre/docs_autres_institutions/commission_europeenne/com/2013/0316/COM_COM(2013)0316_EN.pdf)

EP-Vorgangsdokumentation zum eCall-Verordnungsentwurf:

[http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&reference=2013/0165\(COD\)](http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&reference=2013/0165(COD))



Vorschlag der KOM für Entscheidung über die Einführung von eCall:

[http://www.europarl.europa.eu/registre/docs\\_autres\\_institutions/commission\\_europeenne/com/2013/0315/COM\\_COM\(2013\)0315\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/registre/docs_autres_institutions/commission_europeenne/com/2013/0315/COM_COM(2013)0315_EN.pdf)

EP-Vorgangsdokumentation zum Vorschlag über die Einführung von eCall:

[http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&reference=2013/0166\(COD\)](http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?lang=en&reference=2013/0166(COD))

### **SCHIENENVERKEHR: EP VERABSCHIEDET VIERTES EISENBAHNPAKET, NIMMT WESENTLICHE ÄNDERUNGEN VOR**

Das Plenum des EP hat am 26.02.2014 das Vierte Eisenbahnpaket verabschiedet. Hauptziel dieses ambitionierten Pakets verschiedener Gesetzesvorschläge ist es, den Eisenbahnverkehr in der EU einheitlichen Regeln zu unterwerfen, verstärkt auf Wettbewerb auszurichten sowie technische und administrative Hindernisse für einen europäischen Eisenbahnbinnenmarkt zu beseitigen. Das Plenum des EP hat dem von der KOM hierzu vorgelegten Paket grundsätzlich zugestimmt, jedoch erhebliche Änderungen gegenüber dem zuvor im Verkehrsausschuss beratenen und angenommenen Vorschlägen der KOM vorgenommen. So unterstützte das Plenum zwar Vorschläge, die technische und administrative Hindernisse beseitigen sollen.

Erfolgreichen Widerstand gab es jedoch gegen die Pläne der KOM, auch den Eisenbahnmarkt in der EU weitgehend zu liberalisieren. So stimmte das Plenum – im Gegensatz zum Verkehrsausschuss – sowohl gegen eine vollständige Ausschreibungspflicht für öffentliche Schienenverkehre, als auch gegen eine vollständige organisatorische und unternehmerische Trennung von Netz und Betrieb. Das Parlament will z.B. zulassen, dass Verkehrsaufträge für Bahnbetreiber nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern direkt vergeben werden. Dafür sollen aber zahlreiche Bedingungen gelten, etwa für die Anzahl und Dauer dieser Verträge und für die Wahrung der Chancen kleinerer Anbieter. Außerdem sollen Mindestbedingungen gelten für die Effizienz und Pünktlichkeit und die Frequenz der angebotenen Bahnverbindungen. Auch die Zufriedenheit der Kunden solle eine Rolle spielen.

Mit dem Abstimmungsergebnis vom 26.02.2014 hat das Parlament seinen Standpunkt festgelegt. Der Rat hat sich bisher nur – in kongruenter Weise – zu den technisch-administrativen Teilen des Gesetzespakets positioniert. Die Verhandlungen zu strittigen Fragen der Liberalisierung des Eisenbahnmarkts werden unter italienischer Präsidentschaft fortgesetzt werden müssen. Ob ein Ergebnis noch 2014 erzielbar ist, bleibt abzuwarten. Es ist wohl eher von Frühjahr 2015 auszugehen.

### **EP VERABSCHIEDET KOMPROMISS ZUR VERRINGERUNG DER CO<sub>2</sub>-EMISSIONEN VON PKW**

Das Plenum des EP hat am 26.02.2014 dem zuvor mit den Mitgliedstaaten ausgehandelten Kompromiss zu geplanten schärferen Abgasnormen für Neuwagen zugestimmt. Im Ergebnis erhalten die Autohersteller ein Jahr mehr Zeit (2021 statt 2020), um die neue durchschnittliche Abgashöchstgrenze von 95 Gramm CO<sub>2</sub> pro



Kilometer zu erreichen. Im Rahmen der neuen Verordnung zu CO<sub>2</sub>-Grenzwerten für Pkw wurde zudem festgelegt, dass der bisherige Testzyklus NEFZ, der von Fachzeitschriften regelmäßig als zu alltagsfern und schönfärberisch kritisiert wird, durch den neuen Standard WLPT ersetzt wird. Das WLPT-Testverfahren wird derzeit von einem UN-Gremium entwickelt und soll EU-weit ab 2017 gelten (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem Europabericht).

Die Verordnung muss nun noch formal vom Rat angenommen werden.

### **LUFTVERKEHR: EP STIMMT FÜR NEUE REGELUNGEN ZUR ERHÖHUNG DER SICHERHEIT IN DER ZIVILEN LUFTFAHRT; „WHISTLEBLOWER“ SOLLEN BESSER GESCHÜTZT WERDEN**

Das Plenum des EP nahm am 26.02.2014 mit 644 zu 14 Stimmen bei 6 Enthaltungen die Verordnung über die Meldung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt an. Der Vorschlag der KOM sieht die Einführung eines proaktiven Unfallverhütungssystems vor, das mit Unterstützung der Europäischen Flugsicherheitsbehörde EASA einen besseren und rascheren Austausch von Daten und Informationen der MSen untereinander schaffen soll.

Neue Erkenntnisse zur Verbesserung der Flugsicherheit sollen sich insbesondere aus der Analyse von kleineren Zwischenfällen ergeben, die für sich gesehen i.d.R. ungefährlich erscheinen, in der Summe aber wichtige Hinweise auf Unfallursachen geben können. Bisher werden derartige Meldungen meist unterlassen, da betroffene Personen von einer Meldung in der Praxis negative Konsequenzen befürchten. Die Verordnung sieht daher Schutz- und Beschwerdemechanismen vor, die der Schaffung einer „Kultur des gerechten Umgangs“ dienen und „Whistleblower“ schützen sollen.

Nach der Zustimmung des EP muss noch der Rat dem Verordnungsentwurf zustimmen. Dies wird noch für diese Wahlperiode erwartet. Die Verordnung wird 18 Monate nach Annahme anzuwenden sein.

PM der KOM:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-191\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-191_en.htm)

Bericht des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2013-0317&language=DE#top>

### **DR. MATTHIAS RUETE ÜBERNIMMT LEITUNG DER GENERALDIREKTION FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN**

Die Kommission hat am 26.02.2014 zwei wichtige Personalentscheidungen bekannt gegeben. *Dr. Matthias Ruete* (DEU), der bisherige Generaldirektor für Mobilität und Transport, wird die Leitung der Generaldirektion für Innere Angelegenheiten von *Stefano Manservigi* (ITA) übernehmen. Die Generaldirektion Mobilität und Transport wird der Portugiese *João Aguiar Machado* übernehmen, derzeit stellvertretender Generaldirektor in



der GD Handel. Wann die Entscheidung der Kommission wirksam werden soll, steht noch nicht fest. Sie wird jedoch auch für künftige Kommissare bindend sein.

PM der KOM:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEX-14-0226\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEX-14-0226_en.htm)

## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

---

### JI-RAT: ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMJ

Neben der Unterrichtung u.a. über die Legislativvorschläge, bei denen mit dem EP bei informellen Beratungen zuletzt eine Einigung erzielt wurde, fanden Unterrichtungen und Debatten zum Post-Stockholm-Prozess, zum Richtlinienvorschlag über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige und beschuldigte Kinder, dem EU-Datenschutzreform und der Europäischen Staatsanwaltschaft statt. Zudem wurde eine Schlussfolgerung des Rates und der Mitgliedstaaten über die Systeme der Zivil- und Handelsjustiz der Mitgliedstaaten angenommen.

Pressemitteilungen zum JI-Rat allgemein:

<http://www.gr2014.eu/de/news/press-releases/migrationsstr%C3%B6me-europol-cepol-und-k%C3%BCnftige-entwicklungen-im-bereich-justiz-und>

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/jha/141295.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/jha/141295.pdf)

<http://gr2014.eu/sites/default/files/JHA%20press%20release.pdf>

Pressemitteilungen der Kommission zur Einführung eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontopfändung in englischer Sprache:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-155\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-155_en.htm)

Pressemitteilungen der Kommission zu Europäischen Staatsanwaltschaft in englischer Sprache:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-154\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-154_en.htm)

Pressemitteilung der Kommission zum Patentschutz in englischer Sprache:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-153\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-153_en.htm)

### EP STIMMT FÜR EIN GEMEINSAMES EUROPÄISCHES KAUFRECHT

Das EP hat am 26.02.2014 mit 416 Ja-Stimmen bei 65 Enthaltungen und 159 Gegenstimmen für ein optionales europäisches Kaufrecht gestimmt, dass bei grenzüberschreitenden Fällen neben den nationalen Bestimmungen bestehen soll und, anders als ursprünglich von der Kommission vorgeschlagen, „zunächst“ nur bei Fernabsatz- und insbesondere Online-Handel greifen soll (EB 15/13). Allerdings sind mit dieser Abstimmung zunächst nur die Grundlagen für die Aufnahme von Trilogverhandlungen auf Seiten des EP gelegt. Auf Seiten der Mitgliedstaaten dauern die Beratungen in der Ratsarbeitsgruppe weiterhin an und es ist



nicht zu erwarten, dass von Seiten der Mitgliedstaaten alsbald die Voraussetzungen für die Aufnahme für Kompromissgespräche gegeben sein werden.

Pressemeldung der Kommission (nur in Englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-137\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-137_en.htm)

Änderungsanträge von MdEP Gebhardt u.a.:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bAMD%2bA7-2013-0301%2b265-266%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE>

Abstimmungsergebnis hierzu auf Seite 122:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bAMD%2bA7-2013-0301%2b265-266%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE>

## **EP EBNET DEN WEG FÜR DIE EUROPÄISCHE ERMITTLUNGSANORDNUNG**

Das EP bestätigte am 26.02.2014 mit 467 Ja-Stimmen bei 22 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen einen zuvor mit den Mitgliedstaaten ausgehandelten Kompromiss über den Richtlinienvorschlag für eine Europäische Ermittlungsanordnung (EEA) in Strafsachen. Die Beratungen zu diesem Dossier lagen lange auf Eis, da es zu den Gesetzgebungsvorhaben gehörte, die das EP nach einem Streit mit dem Rat über die Schengenreform (EB 12/12) blockierte. Erst vor kurzem wurden die Trilogverhandlungen wieder aufgenommen und führten zu dem nun in erster Lesung gefundenen Kompromiss, der nun noch förmlich vom Rat bestätigt werden muss. Nach Veröffentlichung der Richtlinie im Amtsblatt haben die Mitgliedstaaten drei Jahre Zeit, die Bestimmungen in nationales Recht umzusetzen. Das umfasst auch das Vereinigte Königreich, das im Gegensatz zu Irland und Dänemark teilhaben wird.

Text (Kompromissfassung):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+AMD+A7-2013-0477+001-001+DOC+PDF+V0//DE>

Pressemeldungen des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140221IPR36647/html/Grenz%C3%BCberschreitende-Kriminalit%C3%A4t-Verbrechen-im-EU-Ausland-wirksamer-verfolgen>

<http://eppgroup.eu/press-release/European-Investigation-Order%3A-bad-news-for-EU-criminals>

## **EP STIMMT FÜR SICHERSTELLUNG UND EINZIEHUNG VON VERMÖGEN AUS STRAFTATEN**

Am 25.02.2014 hat das EP mit 631 Ja-Stimmen bei 25 Enthaltungen und 19 Gegenstimmen mit großer Mehrheit, den mit den Mitgliedstaaten und der Kommission in Trilogverhandlungen zuvor gefundenen Kompromiss bestätigt und damit die von der Kommission Ende 2012 vorgeschlagene Richtlinie über die Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten in der EU verabschiedet. Es steht jetzt nur noch die Zustimmung des Rates aus, was als reine Formsache anzusehen ist.



Nach Veröffentlichung im Amtsblatt haben die Mitgliedstaaten dann 30 Monate lang Zeit, die Bestimmungen in der Richtlinie in innerstaatliches Recht umzusetzen. Irland hat sich entschlossen, sich diesen Regelungen anzuschließen, nicht davon betroffen sind lediglich das Vereinigte Königreich und Dänemark. Kommissarin *Cecilia Malmström* begrüßt das Votum des EP, dass es nun der Polizei erleichtern werde, die Organisierte Kriminalität da zu treffen, wo es "wirklich weh" tue, nämlich indem man ihnen ihre Gewinne nehme.

Pressemeldung Kommissarin *Malmström*:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STATEMENT-14-21\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-21_en.htm)

Pressemeldung des EP:

[http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-](http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140221IPR36627/html/Verm%C3%B6genswerte-von-Kriminellen-einfacher-beschlagnahmen)

[room/content/20140221IPR36627/html/Verm%C3%B6genswerte-von-Kriminellen-einfacher-beschlagnahmen](http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140221IPR36627/html/Verm%C3%B6genswerte-von-Kriminellen-einfacher-beschlagnahmen)

Angenommener Text:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0120+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **EP FORDERT NACHBESSERUNG BEIM EUROPÄISCHEN HAFTBEFEHL**

Das EP unterstütze bei seiner Abstimmung am 26.02.2014 einen Initiativbericht der Berichterstatterin *Sarah Ludford* (ALDE/GBR), der Empfehlungen an die Kommission zur Überprüfung der Bestimmungen zum Europäischen Haftbefehls enthält. U.a. fordert der Bericht, dass die Kommission innerhalb eines Jahres nach Verabschiedung dieser Entschließung gestützt auf Art. 82 AEUV Legislativvorschläge vorlegen soll, die sich mit den genannten Empfehlungen befassen und dadurch bei den „festgestellten Schwächen“ Abhilfe schaffen soll. Dies beinhaltet Schaffung einheitlicher Verfahrensregelungen zur Einlegung von Rechtsbehelfen, Aufnahme klarerer Definitionen der Straftatbestände, bei denen Europäischen Haftbefehl Anwendung findet unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, Aufnahme expliziter Ablehnungsgründe aufgrund der Verletzung von Grund- und Menschenrechten und insbesondere keine Anwendbarkeit bei geringfügigen Straftaten. Zudem fordert der Bericht, dass grundsätzlich die Haftbedingungen in den Mitgliedstaaten verbessert werden und auch hier effiziente Maßnahmen ergriffen werden müssten.

Angenommener Text: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0174+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **ABSTIMMUNG IM EP ÜBER DEN UMGANG MIT SEXUELLER AUSBEUTUNG UND PROSTITUTION**

Am 26.02.2014 stimmte das EP mit 343 Stimmen bei 139 Gegenstimmungen und 105 Enthaltungen für einen nicht bindenden Initiativbericht zur Bekämpfung von Zwangsprostitution und Menschenhandel. Die Mitgliedstaaten werden demnach zu engerer Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Zwangsprostitution, Menschenhandel und organisiertem Verbrechen aufgefordert. Neben der Anhebung des Mindestalters für Prostitution auf 21 Jahre plädiert der Bericht dafür, den Opferschutz für Prostituierte zu verbessern und Strategien zum Ausstieg zu entwickeln.



Zudem votierten die Abgeordneten bei einer weiteren Abstimmung dafür, die Gewalt gegen Frauen auf europäischer Ebene effizienter zu bekämpfen (siehe zu beidem auch den Bericht des StMAS in diesem EB).

Entschließung des EP zur sexuellen Ausbeutung und Prostitution und ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20140226%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE>

Pressemeldung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140221IPR36644/html/Die-Freier-bestrafen-nicht-die-Prostituierten-fordert-das-Parlament>

### **EP STIMMT FÜR INITIATIVBERICHT ÜBER ABGABEN FÜR PRIVATKOPIEN**

Das EP stimmte am 26.02.2014 für den Initiativebericht von *Françoise Castex* (S&D/FRA) über die Abgaben für Privatkopien. In dem Bericht wird die Kommission aufgefordert, einen Legislativvorschlag zur Überprüfung der Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft „vorzulegen und darin eine Bestimmung zur vollständigen Harmonisierung von Ausnahmen und Beschränkungen vorzusehen, unter anderem in Bezug auf Privatkopien“.

Initiativebericht:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2014-0114+0+DOC+PDF+V0//DE>

Richtlinie 2001/29/EG:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2001:167:0010:0019:DE:PDF>

### **EP STIMMT ÜBER ÄNDERUNGSANTRÄGE ZUR REVISION DER VERSICHERUNGSVERMITTLER-RL AB**

Das EP-Plenum hat am 26.02.2014 über seine Änderungswünsche zur Überarbeitung der Richtlinie 2002/92/EG über Versicherungsvermittlung abgestimmt. Um eine Einigung mit dem Rat bereits in erster Lesung aber weiterhin zu ermöglichen, stand nun nicht das gesamte Gesetzgebungspaket zur Abstimmung, sondern nur die Änderungsanträge. Gleichzeitig wollte das EP aber durch dieses Vorgehen seine Haltung verdeutlichen. Allerdings sind die Verhandlungen im Rat derzeit unterbrochen und werden demnächst erst wieder aufgenommen. Es gab zuletzt zwei größere Streitpunkte: zum einen, ob Reiserücktrittsversicherungen vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden sollen, da es sich hier um einfache Standardprodukte handelt. Hier hat sich nun eine Mehrheit im EP gegen eine Ausnahme ausgesprochen. Zum anderen hatte insbesondere die S&D-Fraktion ein Provisionsverbot beim Vertrieb von Versicherungsanlageprodukten gefordert. Hier wiederum hat sich die Mehrheit der Abgeordneten am Ende



dafür entschieden, dies den Mitgliedstaaten zu überlassen und damit nicht per se europäisch zu regeln (s. dazu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Vorschlag der Kommission vom 03.07.2012:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/insurance/docs/consumers/mediation/20120703-directive\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/insurance/docs/consumers/mediation/20120703-directive_de.pdf)

Pressemeldung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-194\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-194_de.htm)

Pressemeldung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140221IPR36633/html/Versicherungen-Bessere-Informationen-und-Beratung-zum-Schutz-der-Verbraucher>

## **ASTV BESTÄTIGT TRILOGEINIGUNG ÜBER NICHTFINANZIELLE BERICHTSPFLICHTEN**

Der Ausschuss der ständigen Vertreter (AStV) hat am 26.02.2014 die Einigung im informellen Trilog über den RL-Vorschlag zur Offenlegung nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte Gesellschaften und Konzerne (KOM(2013)0207) bestätigt. Nach dieser Trilogieinigung müssen bestimmte große Unternehmen im Interesse einer verbesserten Transparenz über Umwelt-, Sozial-, Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte sowie Bekämpfung von Korruption und Bestechung berichten. Dabei sind ihre diesbezüglich verfolgten Strategien zu beschreiben, die Ergebnisse dieser Strategien darzustellen und auf Risiken im Hinblick auf diese Belange hinzuweisen. Falls ein Unternehmen in einzelnen oder allen Bereichen keine Strategie hat, ist eine Erklärung erforderlich. Die Pflichten gelten für Unternehmen von öffentlichem Interesse mit mehr als 500 Mitarbeitern. Darunter sind u. a. börsennotierte Unternehmen, Banken, Versicherungsunternehmen oder Unternehmen, die z. B. wegen der Art ihrer Tätigkeit oder ihrer Größe von öffentlicher Bedeutung sind, zu verstehen. Es wird davon ausgegangen, dass um die 6000 Unternehmen in der EU betroffen sind (siehe Bericht des StMAS in diesem EB).

Link zur Pressemitteilung des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/intm/141189.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/141189.pdf)

## **STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT**

---

### **EUROPÄISCHES SEMESTER**

#### **UMSETZUNG DES VERFAHRENS WEGEN MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE**

Die Kommission hat am 05.03.2014 die Ergebnisse der in insgesamt 17 Mitgliedstaaten durchgeführten eingehenden Überprüfung makroökonomischer Ungleichgewichte veröffentlicht. In 14 Mitgliedstaaten hat die Kommission Ungleichgewichte festgestellt. Dies sind Belgien, Bulgarien, Deutschland, Irland, Spanien,



Frankreich, Kroatien, Italien, Ungarn, die Niederlande, Slowenien, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich. In drei Mitgliedstaaten, in Kroatien, Italien und Slowenien, wird das Ungleichgewicht als übermäßig betrachtet. In Bezug auf Deutschland weist die Kommission insbesondere auf den anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschuss hin und regt insbesondere Investitionen in Bildung und Infrastruktur an. Für Dänemark, Luxemburg und Malta gelangte die Kommission zu dem Ergebnis, dass dort keine Ungleichgewichte bestehen. Mitgliedstaaten, die wie Griechenland, Zypern, Portugal und Rumänien, bereits einem makroökonomischen Anpassungsprogramm und damit ohnehin einer umfassenden Überwachung unterliegen, werden im Rahmen des Verfahrens wegen makroökonomischer Ungleichgewichte nicht geprüft. Die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters für alle Mitgliedstaaten wird die Kommission voraussichtlich im Juni vorlegen.

Zu Frankreich und Slowenien weist die Kommission im Rahmen des kontinuierlichen Monitorings der Verpflichtungen aus dem Verfahren bei einem übermäßigem Defizit zusätzlich darauf hin, dass diese beiden Länder das für dieses Jahr empfohlene Haushaltsdefizit möglicherweise nicht erreichen werden. Die Kommission wird im Juni die Haushaltsslage beider Länder erneut prüfen und dem Rat dann ggf. weitere Schritte vorschlagen.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-216\\_de.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-216_de.pdf)

Memo der Kommission (in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-158\\_en.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-158_en.pdf)

Mitteilung der Kommission über die Ergebnisse der vertieften Überprüfungen (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/economic\\_governance/documents/2014-03-05\\_in-depth\\_reviews\\_communication\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/documents/2014-03-05_in-depth_reviews_communication_en.pdf)

## **BESTANDSAUFNAHME DER KOMMISSION ZUR STRATEGIE EUROPA 2020: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMFLH**

Die Kommission begrüßt, dass die Überprüfung der Strategie „Europa 2020“ und das Europäische Semester in diesem Jahr zeitlich zusammenfallen und verweist in der Bestandsaufnahme auf erste Erfolge des Europäischen Semesters. Die im jährlichen Rhythmus stattfindende wirtschaftspolitische Steuerung wurde in den letzten Jahren erheblich intensiviert und ist zu einem potenziell wirksamen Instrument zur Verfolgung der Nachkrisen-Prioritäten geworden. Durch die Verknüpfung der EU-Leitlinien mit den länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters können maßgeschneiderte Reformkonzepte erstellt werden, die bereits positive Entwicklungen in den Ländern zur Folge haben. Gleichzeitig ermöglicht das Europäische Semester eine integrierte Fortschrittskontrolle, sowohl wirtschafts- als auch haushaltspolitisch. Die Kommission stellt zudem fest, dass das Europäische Semester durch die Intensivierung der Kontakte auf allen Ebenen den Zusammenhalt in der EU gestärkt und zum Ausbau der Analyse- und Kontrollkapazitäten beigetragen hat.



Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking_de.pdf)

## EP: ENTSCHEIDUNG ZUM EUROPÄISCHEN SEMESTER

In seiner Plenarsitzung am 25.02.2014 hat das EP eine Entschließung zum Jahreswachstumsbericht 2014 im Rahmen des Europäischen Semesters gefasst. Darin fordert das EP u.a., den Prozess kohärenter und nachhaltiger Strukturreformen einzuleiten oder fortzusetzen, aber zugleich mehr in Forschung, Innovation und Entwicklung, Bildung und Kompetenzen sowie Ressourceneffizienz zu investieren und das EP auf allen Stufen des Prozesses des Europäischen Semesters angemessen und förmlich einzubinden. Zuvor standen sich in einer teilweise emotional geführten Debatte die Befürworter und Kritiker der Krisenpolitik gegenüber. Während Kommissionspräsident *Barroso*, der griechische Finanzminister *Dimitris Kourkoulas* für den Rat und die Redner der EVP-Fraktion die Konsolidierungsbemühungen würdigten, zeigten sich die Redner der S&D-Fraktion, der Grünen und der Linken skeptisch und verwiesen auf die sozialen Folgen der Krise. Als nächsten Schritt im Europäischen Semester wird der ER am 20./21.03.2014 die Fortschritte beurteilen und Leitlinien für die Mitgliedstaaten verabschieden.

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0128+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-14-158\\_en.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-158_en.pdf)

## WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

### WINTERPROGNOSE DER KOMMISSION

Die Kommission hat am 25.02.2014 ihre Winterprognose zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in der EU veröffentlicht. Diese enthält die Vorhersagen für die wirtschaftliche Entwicklung in der EU und für die Entwicklung der Haushaltsdefizite in den Jahren 2014 und 2015. Demnach wird sich die wirtschaftliche Erholung in den meisten Mitgliedstaaten fortsetzen und das reale BIP in der EU im Jahr 2014 wachsen (+ 1,5 %), eine leichte Aufwärtskorrektur gegenüber der Herbstprognose. Für den Euroraum erwartet die Kommission ein leicht geringeres Wachstum vom 1,2 %. Für 2015 geht die Kommission von einem moderaten Anziehen des Wirtschaftswachstums auf 2,0 % in der EU und 1,8 % im Euroraum aus. Die besseren Wirtschaftsaussichten dürften sich positiv auf die Haushaltsdaten der Mitgliedstaaten auswirken. Die Haushaltsdefizite werden den Projektionen zufolge im Jahr 2014 auf 2,7 % des BIP in der EU und 2,6 % im Euroraum zurückgehen. Für das Jahr 2015 prognostiziert die Kommission ein konstantes Defizit von 2,7 % in der EU und 2,5 % im Euroraum. Die Schuldenstände steigen bis 2015 auf 89,5 % des BIP in der EU und 95,4 % im Euroraum an.



Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-188\\_de.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-188_de.pdf)

### **TROIKA ZUFRIEDEN MIT PORTUGALS FORTSCHRITTEN**

Die Troika, bestehend aus Vertretern der Kommission, der EZB und des IWF, hat zwischen dem 20.02. und dem 28.02.2014 die elfte vierteljährliche Überprüfung des portugiesischen Anpassungsprogramms durchgeführt. Die Troika bescheinigt Portugal eine positive Entwicklung. Das Haushaltsdefizit blieb 2013 nach Schätzungen der Troika mit 4,5 % des BIP unter früheren Prognosen. Das Defizitziel von 4 % für das laufende Jahr dürfte aus Sicht der Troika bei Umsetzung der geplanten Einschnitte bei Pensionen und Krankenkostenbeiträgen für Beamte erfüllt werden. Die Wirtschaft erhole sich weiter und wird mit 1,2 % im laufenden Jahr voraussichtlich stärker wachsen als zuletzt angenommen. Während die Beschäftigung steigt, werde die Arbeitslosenquote aus Sicht der Troika voraussichtlich auf 15,7 % im Jahr 2014 – und damit deutlich schneller als erwartet – sinken. Aufgrund dieser positiven Bilanz hat die Troika daher die nächste Tranche in Höhe von 2,5 Mrd. € aus dem insgesamt 78 Mrd. € umfassenden Hilfspaket freigegeben.

Stellungnahme der Troika (in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STATEMENT-14-39\\_en.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-39_en.pdf)

### **STEUER**

#### **EUGH: UNTERSCHIEDLICHE MEHRWERTSTEUER AUF TAXIS UND MIETWAGEN MIT FAHRERGESTELLUNG IN DEUTSCHLAND NUR UNTER BESTIMMTEN VORAUSSETZUNGEN ZULÄSSIG**

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 27.02.2014 in den verbundenen Rechtssachen C-454/12 (Pro Med Logistik) und C-455/12 (Pongratz) im Vorabentscheidungsverfahren entschieden, dass das Unionsrecht (insbesondere der Grundsatz der steuerlichen Neutralität) der Anwendung unterschiedlicher Mehrwertsteuersätze auf die Beförderung von Personen im Nahverkehr zum einen per Taxi und zum anderen per Mietwagen mit Fahrergestellung grundsätzlich nicht entgegensteht. Zwar stünde sowohl bei der Beförderung per Taxi wie auch per Mietwagen mit Fahrergestellung die Beförderung von Personen und des mitgeführten Gepäcks im Vordergrund. Unterschiedliche rechtliche Anforderungen seien aber zulässig, wenn Unterschiede vorhanden seien, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidung des durchschnittlichen Nutzers für eine dieser Beförderungsarten hätten. Bei Fahrten, die unter identischen Voraussetzungen durchgeführt werden, wie es bei Krankentransporten für eine Krankenkasse der Fall sein kann, ist aus Sicht des EuGH eine unterschiedliche Besteuerung jedoch ausgeschlossen. Es ist nun Sache des Bundesfinanzhofes, über die Rechtssache im Einklang mit dem Urteil des EuGH zu entscheiden.

Pressemitteilung des EuGH:

[http://curia.europa.eu/jcms/jcms/P\\_120141/](http://curia.europa.eu/jcms/jcms/P_120141/)



## EP ZUR STANDARD-MEHRWERTSTEUERERKLÄRUNG ANGEHÖRT

Das EP hat in seiner Plenarsitzung am 26.02.2014 den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung fast unverändert befürwortet. Das EP hat aber nur ein Anhörungsrecht. Aus Sicht der Kommission ist der Richtlinienentwurf zur Einführung einer Standard-Mehrwertsteuererklärung vom 23.10.2013 der zentrale Vorschlag, um Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern, die Steuerverwaltung effizienter zu machen und für eine bessere Einhaltung der Mehrwertsteuervorschriften zu sorgen (EB 18/13). Der Bundesrat hat mit Beschluss vom 29.11.2013 eine Subsidiaritätsrüge gegen den Richtlinienentwurf erhoben.

Legislative Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2014-0138&format=XML&language=DE>

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STATEMENT-14-23\\_en.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-23_en.pdf)

## EU-HAUSHALT

### HOCHRANGIGE EU-GRUPPE ZU EIGENMITTELN EINGESETZT

Am 25.02.2014 wurde die hochrangige Gruppe „Eigenmittel“ von Kommissionspräsident *Barroso*, Parlamentspräsident *Schulz* und dem griechischen Ministerpräsidenten *Samaras* als derzeitiger Ratspräsident offiziell eingesetzt. Die Gruppe unter Vorsitz des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten *Mario Monti* hat den Auftrag, das derzeitige Einnahmensystem der EU zu untersuchen und Vorschläge zur Verbesserung dieses Systems zu unterbreiten. Sie erkundet in erster Linie Mittel und Wege, wie das System einfacher, gerechter und transparenter gemacht und einer strengeren demokratischen Rechenschaftspflicht unterworfen werden kann. Die Gruppe wird bis Ende 2014 erste Vorschläge erarbeiten.

Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-130\\_en.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-130_en.pdf)

Pressemitteilung des EP (in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140225IPR36935/pdf>

### EP FORDERT STÄRKERE LEISTUNGSKULTUR IN DER HAUSHALTSFÜHRUNG

Am 26.02.2014 hat das EP eine Entschließung zu der Bewertung der Finanzen der Union auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse beschlossen. Darin wird die Kommission aufgefordert, den ergebnisorientierten Evaluierungsbericht stärker bei der Haushaltsplanung einzubinden, um die richtigen Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und die Leistungskultur in der Haushaltsführung der EU zu stärken. Der Vorsitzende



des Haushaltskontrollausschusses und Berichterstatter *Michael Theurer* (ALDE/Deutschland) betont, dass für den Schutz europäischer Steuergelder und einen nachhaltigen EU-Haushalt eine Rechnungsprüfung unerlässlich sei, die sich nicht nur an der korrekten Anwendung der Abrechnungsregeln, sondern auch am Ergebnis und der Wirkungskontrolle orientiert.

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2014-0134&format=XML&language=DE>

### **KOMMISSION: ERLEICHTERUNGEN BEIM ZUGANG ZU EU-FÖRDERMITTELN**

Am 04.03.2014 hat die Kommission die endgültige Fassung ihres Fortschrittsanzeigers betreffend Vereinfachungsbemühungen bei EU-Förderverfahren verabschiedet. Durch mehr als 120 Maßnahmen konnte die Kommission den Zugang potenzieller Begünstigter zu EU-Fördermitteln vereinfachen, beispielsweise mit Hilfe von Fristenverkürzungen und kürzeren Aufbewahrungspflichten. Teilweise sind noch Durchführungs- und technische Maßnahmen der EU-Organe und der Mitgliedstaaten erforderlich. Da rund 80 % des EU-Haushalts von den Mitgliedstaaten vollzogen werden, appellierte der EU-Kommissar für Finanzplanung und Haushalt, *Janusz Lewandowski*, an die Mitgliedstaaten, auch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene Vereinfachungsmaßnahmen zu ergreifen.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-209\\_de.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-209_de.pdf)

### **SONSTIGES**

#### **TRILOGEINIGUNG ZU BREITBAND AUSBAU**

Am 28.02.2014 hat der Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (AstV) einen Kompromiss aus den Trilogverhandlungen zwischen dem Rat und dem EP betreffend die Kostensenkung im Breitbandausbau gebilligt. Anders als von der Kommission vorgeschlagen hat man sich als Rechtsakt auf eine Richtlinie geeinigt, damit den Mitgliedstaaten ein Spielraum für zusätzliche, weitergehende Maßnahmen verbleibt. Die Kosten des Breitbandausbaus sollen insbesondere durch eine bessere Koordinierung gesenkt werden. Im Blick hat man dabei vor allem eine gemeinsame Nutzung bestehender Infrastruktureinrichtungen, etwa von Strom-, Gas- und Abwasserleitungen. Alle notwendigen Informationen zu Lage, Verlauf, Art, Verwendung und Anschlüssen sollen für Telekommunikationsbetreiber zentral und leicht verfügbar sein. Die Trilogereinigung muss noch vom EP und Rat formal beschlossen werden. Die Mitgliedstaaten müssen die neue Richtlinie dann bis 01.01.2016 in nationales Recht umsetzen; ab 01.07.2016 sollen die neuen Maßnahmen anwendbar sein.

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/trans/141234.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/141234.pdf)



Pressemitteilung der Kommission (in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-150\\_en.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-150_en.pdf)

## **RICHTLINIENVORSCHLAG ÜBER DEN BARRIEREFREIEN ZUGANG ZU WEBSITES ÖFFENTLICHER STELLEN: EP FORDERT INSBESONDERE WEITERGEHENDEN ANWENDUNGSBEREICH**

In seiner Plenarsitzung am 26.02.2014 hat das EP eine legislative Entschließung zum Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen mit großer Mehrheit (593/40/13) gebilligt. Basierend auf dem Entwurf des Berichterstatters *Jorgo Chatzimarkakis* (ALDE/Deutschland) fordert das EP zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Überwachung, Berichterstattung und Durchsetzung sowie insbesondere eine Erweiterung des Geltungsbereichs der Richtlinie auf alle Internetseiten öffentlicher Stellen und zusätzlich von Körperschaften, die öffentliche Aufgaben ausführen. Dabei soll es sich nur um eine begrenzte Anzahl von Websites für grundlegende, abschließend aufgezählte Dienstleistungen handeln, wie etwa die Versorgung mit Wasser und Strom oder im Gesundheitswesen. Kleine Körperschaften mit bis zu zehn Beschäftigten können von den Mitgliedstaaten ausgenommen werden. Die Kommission hat demgegenüber den Anwendungsbereich auf zwölf einschlägige Arten von Websites öffentlicher Stellen beschränkt, die für die Beteiligung der Allgemeinheit an Wirtschaft und Gesellschaft wesentlich sind. Ziel der Richtlinie ist es, durch Einführung harmonisierter Anforderungen eine Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten zum barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen zu bewirken.

Legislative Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2014-0158&format=XML&language=DE>

## **KOMMISSION VERABSCHIEDET REGULIERUNGSSTANDARDS ZU BANKERGEHÄLTERN**

Die Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV), die am 17.07.2013 in Kraft trat, enthält auf Initiative des EP auch Regelungen zur variablen Vergütung (inklusive Boni) von Beschäftigten in Banken und Wertpapierfirmen. Seit dem 01.01.2014 dürfen Boni daher grundsätzlich nicht mehr das Grundgehalt übersteigen. Einzuhalten haben die neuen Vergütungsregelungen aber nur Beschäftigte, deren berufliche Tätigkeiten eine wesentliche Auswirkung auf das Risikoprofil eines Instituts haben. Am 04.03.2014 hat die Kommission nun technische Standards verabschiedet, die die Kriterien zur Identifizierung von Beschäftigten als „wesentliche Risikoträger“ enthalten und die Transparenz verbessern sollen. Diese Regulierungsstandards wurden von der Europäischen Aufsichtsbehörde (EBA) entwickelt und nun, um ihnen mehr Gewicht zu verleihen, von der Kommission als delegierter Rechtsakt übernommen. Rat und EP haben nun die Gelegenheit zur Prüfung. Wenn sie keine Einwände erheben, tritt die Verordnung in Kraft.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-210\\_de.pdf](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-210_de.pdf)



Vorschlag für eine delegierte Verordnung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/company/docs/modern/140304-regulatory-technical-standards\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/company/docs/modern/140304-regulatory-technical-standards_de.pdf)

## **EP BEGRÜSST PLÄNE DER KOMMISSION ZUR LANGFRISTIGEN FINANZIERUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFT**

Am 20.02.2014 hat das EP einen Initiativbericht des deutschen Berichterstatters *Wolf Klinz* (FDP) zum Thema Langfristfinanzierung der europäischen Wirtschaft angenommen. Die Entschließung begrüßt dabei den Vorstoß der Kommission vom März 2013 in Form eines Grünbuchs (EB 06/13). In Europa würden sich 75 % langfristiger Investitionsquellen auf Geschäftsbanken konzentrieren (in den USA seien es gerade einmal 20 %); diese Abhängigkeit habe in der Krise zu einer großen Finanzierungs- und Investitionslücke in der EU beigetragen. Das EP fordert daher eine Diversifizierung langfristiger Investitionsquellen. Dadurch könne ein höheres öffentliches Investitionsniveau erreicht und mehr private bzw. KMU-Finanzierungsalternativen ermöglicht werden. In Kürze will die Kommission eine Mitteilung zu dem Thema veröffentlichen, in der sie konkrete Initiativen vorstellen wird; darin sollen die Ergebnisse der Konsultation einfließen, die sie mit dem Grünbuch gestartet hatte (s. dazu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Text des EP-Berichts:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0161+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **EP BESCHLIESST ÄNDERUNGSANLIEGEN BEI VERSICHERUNGSVERMITTLER-RICHTLINIE, SCHLIESST ABER ERSTE LESUNG NICHT AB**

Das EP-Plenum hat am 26.02.2014 über seine Änderungswünsche zur Überarbeitung der Richtlinie 2002/92/EG über Versicherungsvermittlung abgestimmt. Um eine Einigung mit dem Rat in erster Lesung aber offen zu lassen, hat es nicht über das Gesetzgebungspaket im Ganzen abgestimmt, sondern nur über die Änderungsanträge. Allerdings sind die Verhandlungen im Rat derzeit unterbrochen und werden demnächst erst wieder aufgenommen. Es gab zuletzt zwei größere Streitpunkte: zum einen, ob Reiserücktrittsversicherungen vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden sollen, da es sich hier um einfache Standardprodukte handelt; eine Mehrheit im EP hat sich am Ende gegen eine Ausnahme ausgesprochen. Zum anderen hatte insbesondere die S&D-Fraktion ein Provisionsverbot beim Vertrieb von Versicherungsanlageprodukten gefordert; hier hat sich die Mehrheit am Ende dafür entschieden, dies den Mitgliedstaaten zu überlassen und damit nicht per se europäisch vorzusehen (s. dazu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140221IPR36633/html/Versicherungen-Bessere-Informationen-und-Beratung-zum-Schutz-der-Verbraucher>



## STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE

### WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

#### VERTIEFTE ÜBERPRÜFUNG MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE – KOMMISSION SIEHT FÜR DEUTSCHLAND KEIN „ÜBERMÄSSIGES“ UNGLEICHGEWICHT

Die Kommission hat am 05.03.2014 die Ergebnisse der für 17 Mitgliedstaaten durchgeführten vertieften Überprüfung makroökonomischer Ungleichgewichte veröffentlicht. Bei Belgien, Bulgarien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Ungarn, den Niederlanden, Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich hat die Kommission solche Ungleichgewichte festgestellt, bei Kroatien, Italien und Slowenien sieht die Kommission ein „übermäßiges“ Ungleichgewicht. Die Kommission weist in ihrer Analyse für Deutschland insbesondere auf den anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschuss hin, der einerseits die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft widerspiegeln, andererseits aber auch ein Zeichen für nicht voll ausgeschöpfte wirtschaftliche Ressourcen sei. Zentrale Herausforderungen sind aus Sicht der Kommission verstärkte Investitionen in Bildung und Infrastruktur, Bekämpfung des Fachkräftemangels und Effizienzsteigerungen in allen Wirtschaftsbereichen, insbesondere auch dem Dienstleistungssektor. Die Feststellung des Ungleichgewichts ist für Deutschland im Ergebnis eine Sonderkomponente im Prozess des Europäischen Semesters, Sanktionen drohen nicht (s. zum Verfahren insgesamt den Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-216\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-216_de.htm?locale=en)

Mitteilung der Kommission über die Ergebnisse der vertieften Überprüfungen:

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/economic\\_governance/documents/2014-03-05\\_in-depth\\_reviews\\_communication\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/documents/2014-03-05_in-depth_reviews_communication_de.pdf)

#### BESTANDSAUFNAHME DER KOMMISSION ZUR STRATEGIE EUROPA 2020: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMWI

Die Kommission hat am 05.03.2014 in einer Mitteilung eine Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum vorgelegt. Die Kommission zeichnet ein gemischtes Bild, vor allem die Krise und die damit verbundenen Haushaltszwänge der Mitgliedstaaten hätten in den letzten Jahren in manchen Punkten Disparitäten zwischen, aber auch innerhalb von Mitgliedstaaten vergrößert und zu Rückschlägen geführt. Dies betrifft aus dem Geschäftsbereich des StMWi das Ziel, bis 2020 3 % des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren; im Jahr 2012 habe die EU lediglich 2,06 % erreicht, bis 2020 sei von einem Anstieg nur bis 2,6 % auszugehen. Erfreulicher hingegen sei die Entwicklung bei Klima- und Energiezielen (20-20-20-Ziele): Das CO<sub>2</sub>-Minderungsziel werde die EU wohl übererfüllen, das



Ausbauziel für erneuerbare Energien zumindest erreichen oder knapp übertreffen. Beim Energieeffizienzziel sei die EU gegenwärtig 6,3 % hinter dem 20%-Ziel zurück, doch seien strukturell erhebliche Verbesserungen bei der Energieintensität der europäischen Industrie festzustellen (zur Bestandsaufnahme insgesamt und zum weiteren Vorgehen s. Beitrag im Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12145\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12145_de.htm)

### WINTERPROGNOSE DER KOMMISSION

Die Kommission hat am 25.02.2014 ihre Winterprognose zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in der EU veröffentlicht. Diese enthält die Vorhersagen für die wirtschaftliche Entwicklung in der EU und für die Entwicklung der Haushaltsdefizite in den Jahren 2014 und 2015. Demnach wird sich die wirtschaftliche Erholung in den meisten Mitgliedstaaten fortsetzen und das reale BIP in der EU im Jahr 2014 wachsen (+ 1,5 %), eine leichte Aufwärtskorrektur gegenüber der Herbstprognose. Für den Euroraum erwartet die Kommission ein leicht geringeres Wachstum vom 1,2 %. Für 2015 geht die Kommission von einem moderaten Anziehen des Wirtschaftswachstums auf 2,0 % in der EU und 1,8 % im Euroraum aus. Die besseren Wirtschaftsaussichten dürften sich positiv auf die Haushaltsdaten der Mitgliedstaaten auswirken (s. Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-188\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-188_de.htm?locale=en)

### EP: ENTSCHESSUNG ZUM EUROPÄISCHEN SEMESTER 2014

In seiner Plenarsitzung am 25.02.2014 hat das EP eine Entschließung zum Jahreswachstumsbericht 2014 im Rahmen des Europäischen Semesters gefasst. Darin fordert das EP u. a., den Prozess kohärenter und nachhaltiger Strukturreformen einzuleiten bzw. fortzusetzen, aber zugleich mehr in Forschung, Innovation und Entwicklung, Bildung und Kompetenzen sowie Ressourceneffizienz zu investieren und das EP auf allen Stufen des Prozesses des Europäischen Semesters angemessen und förmlich einzubinden. Es bekräftigt in diesem Zusammenhang seine Forderung, im Wege des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens einen Rechtsakt zu „Konvergenzleitlinien“ zu erlassen, in dem für einen festgelegten Zeitraum eine sehr begrenzte Anzahl an Zielen für die dringendsten Reformmaßnahmen festgeschrieben wird. Zuvor standen sich in einer teilweise emotional geführten Debatte die Befürworter und Kritiker der Krisenpolitik gegenüber. Während Kommissionspräsident *José Manuel Barroso*, der griechische Finanzminister *Dimitris Kourkoulas* für den Rat und die Redner der EVP-Fraktion die Konsolidierungsbemühungen würdigten, zeigten sich die Redner der S&D-Fraktion, der Grünen und der Linken skeptisch und verwiesen auf die sozialen Folgen der Krise. Als nächsten Schritt im Europäischen Semester 2014 wird der ER am 20./21.03.2014 die Fortschritte beurteilen und Leitlinien für die Mitgliedstaaten verabschieden (s. Beitrag des StMFLH in diesem EB).



Text der Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0128+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **EP SPRICHT SICH FÜR EFFEKTIVERE BINNENMARKT-GOVERNANCE IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN SEMESTERS AUS**

Das EP-Plenum hat am 25.02.2014 einen Initiativbericht von Berichterstatter *Sergio Gaetano Cofferati* (S&D/ITA) verabschiedet, in dem es sich für effektivere Governance-Strukturen für den Binnenmarkt ausspricht. Hierfür müsse eine spezifische Säule im Rahmen des Europäischen Semesters etabliert werden, die den Binnenmarktanzeiger, einen Jahresbericht über die Integration des Binnenmarktes im Rahmen des Jahreswachstumsberichts, eine Anleitung der Mitgliedstaaten durch den ER, nationale Aktionspläne zur Umsetzung der Binnenmarktleitlinien und länderspezifische Empfehlungen umfassen solle.

Text des EP-Berichts:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0130+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Übersicht über derzeitige Governance-Instrumente der EU (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/scoreboard/performance\\_by\\_governance\\_tool/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/scoreboard/performance_by_governance_tool/index_en.htm)

## **HANDEL MIT „KONFLIKTMINERALIEN“ – KOMMISSIONSVORSCHLAG FÜR EU-SYSTEM DER FREIWILLIGEN SELBSTZERTIFIZIERUNG**

Die Kommission hat am 05.03.2014 einen Verordnungsvorschlag vorgelegt, der ein System der freiwilligen Selbstzertifizierung für Importeure von Mineralien aus Konfliktregionen einführt. Dabei geht es um Zinn, Tantal, Wolfram und Gold. Die gut 400 EU-Importeure können sich danach als „verantwortliche Importeure“ zertifizieren lassen und müssen dafür jährlich einen Bericht an zuständige nationale Behörden erstellen, aus dem hervorgeht, dass sie „due diligence“-Standards nach entsprechenden OECD-Leitlinien einhalten. Dabei geht es um Sorgfaltspflichten bei Ein- und Verkäufen. Aus den gewonnenen Informationen soll jährlich eine Liste der „verantwortungsvollen Hütten und Raffinerien“ abgeleitet und veröffentlicht werden, die die Rohstoffe tatsächlich verarbeiten. Die Kommission zielt auf Transparenz genau an diesem Punkt ab, da ihrer Ansicht nach vor einer Verschmelzung die Herkunft der Rohstoffe selbst noch am besten zurückverfolgt werden kann.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-218\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-218_de.htm?locale=en)

## **ERGEBNISSE DES WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRATS – BEREICH INDUSTRIE UND BINNENMARKT**

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat sich am 20.02.2014 u. a. mit den Themen Industriepolitik und Binnenmarkt beschäftigt. Beschlüsse wurden dabei keine gefasst. Im Zentrum der Sitzung stand eine Debatte



zur industriellen Wettbewerbsfähigkeit Europas, insbesondere im Hinblick auf ihre Verzahnung mit der europäischen Energiepolitik, was auch Gegenstand des ER-Gipfels im März sein wird. Daneben setzten sich die Minister mit dem Jahreswachstumsbericht 2014 und dem begleitenden Binnenmarktbericht auseinander.

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/intm/141115.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/141115.pdf)

### **EP BILLIGT TRILOGEINIGUNG ZUR CO<sub>2</sub>-REGULIERUNG FÜR PKW**

Das EP hat am 26.02.2014 im Plenum den bereits am 26.11.2013 mit Rat und Kommission ausgehandelten Kompromiss zur künftigen Regulierung der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für PKW (EB 20/13) mit großer Mehrheit gebilligt (499/107/9). Die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 sieht vor, dass ab dem Jahr 2020 ein Flottengrenzwert von 95 g CO<sub>2</sub>/km (kann für den Einzelhersteller je nach Flottenzusammensetzung leicht abweichen) erreicht werden muss. Im ersten Jahr wird dabei aber nur auf 95 % der Flotte abgestellt, erst im Jahr 2021 gilt er für die gesamte Flotte. Nun muss der Rat noch zustimmen, was aber als Formsache gelten kann.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140221IPR36626/html/Begrenzung-der-CO2-Emissionen-von-Pkw>

### **EP STIMMT DER VERPFLICHTENDEN EINFÜHRUNG VON ECALL-NOTRUFSYSTEMEN IN KFZ ZU**

Am 26.02.2014 hat das EP-Plenum in erster Lesung der Einführung von eCall-Notrufsystemen in Kfz mit großer Mehrheit zugestimmt (485/151/32). Diese sollen bereits ab Oktober 2015 verpflichtend in neue Kfz eingebaut werden. Durch rechtzeitige, automatisierte Notrufe sollen eCall-Systeme künftig europaweit bis zu 2.500 Leben pro Jahr retten, die Schwere von Verletzungen bei Verkehrsunfällen und die gesundheitlichen Folgen erheblich verringert werden. An Mehrkosten werden dabei ca. 100 € pro Fahrzeug erwartet, die jedoch nicht an die Kunden weitergegeben werden sollen. Bei einem Unfall dürfen nur Informationen zu Aktivierung (manuell oder automatisch), Fahrzeugtyp, Treibstoff, Unfallzeitpunkt, Fahrzeugposition, Fahrtrichtung und Anzahl der angelegten Sicherheitsgurte übertragen werden. Noch nicht abgestimmt hat das EP über den zweiten Teil des von der Kommission im Juni 2013 vorgelegten eCall-Pakets (EB 11/13), der den europaweiten Aufbau einer eCall-Notrufinfrastruktur betrifft. Der Rat hat sich noch nicht zu den Dossiers positioniert (s. den Beitrag des StMI in diesem EB).

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140224IPR36860/html/Parlament-unterst%C3%BCtzt-lebensrettendes-eCall-System-f%C3%BCr-Autos>



## **KOMMISSION SCHLÄGT KRITERIEN ZUR IDENTIFIZIERUNG DES BANKPERSONALS VOR, DAS BONIVORSCHRIFTEN IN DER EIGENKAPITALRICHTLINIE (CRD IV) UNTERLIEGEN SOLL**

Die Kommission hat am 04.03.2014 in einer delegierten Verordnung die Kriterien vorgeschlagen, nach denen sich das Personal von Banken bestimmt, das den Vorgaben für die variablen Vergütungsbestandteile nach Art. 92 und 94 der Eigenkapitalrichtlinie 2013/36/EU (CRD IV) unterliegt. Wer ein relevanter „wesentlichen Risikoträger“ ist, kann sich danach zum einen aus „qualitativen Kriterien“ wie seiner Rolle im Institut und ihrer Entscheidungsbefugnis ergeben, und zum anderen aus „quantitativen Standardkriterien“, d. h. der tatsächlichen Vergütungshöhe in absoluten oder relativen Zahlen. Rat und EP haben nun die Gelegenheit zur Prüfung. Wenn sie keine Einwände erheben, tritt die Verordnung in Kraft.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-210\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-210_de.htm)

Text der vorgeschlagenen delegierten Verordnung:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/company/docs/modern/140304-regulatory-technical-standards\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/company/docs/modern/140304-regulatory-technical-standards_de.pdf)

## **EP BEGRÜSST PLÄNE DER KOMMISSION ZUR LANGFRISTIGEN FINANZIERUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFT**

Am 20.02.2014 hat das EP einen Initiativbericht des deutschen Berichterstatters *Wolf Klinz* (FDP) zum Thema Langfristfinanzierung der europäischen Wirtschaft angenommen. Die Entschließung begrüßt dabei den Vorstoß der Kommission vom März 2013 in Form eines Grünbuchs (EB 06/13). In Europa würden sich 75 % langfristiger Investitionsquellen auf Geschäftsbanken konzentrieren (in den USA seien es gerade einmal 20 %); diese Abhängigkeit habe in der Krise zu einer großen Finanzierungs- und Investitionslücke in der EU beigetragen. Das EP fordert daher eine Diversifizierung langfristiger Investitionsquellen. Dadurch könne ein höheres öffentliches Investitionsniveau erreicht und mehr private bzw. KMU-Finanzierungsalternativen ermöglicht werden. In Kürze will die Kommission eine Mitteilung zu dem Thema veröffentlichen, in der sie konkrete Initiativen vorstellen wird; darin sollen die Ergebnisse der Konsultation einfließen, die sie mit dem Grünbuch gestartet hatte.

Text des EP-Berichts:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0161+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **EP BESCHLIESST ÄNDERUNGSANLIEGEN BEI VERSICHERUNGSVERMITTLER-RICHTLINIE, SCHLIESST ABER ERSTE LESUNG NICHT AB**

Das EP-Plenum hat am 26.02.2014 über seine Änderungswünsche zur Überarbeitung der Richtlinie 2002/92/EG über Versicherungsvermittlung abgestimmt. Um eine Einigung mit dem Rat in erster Lesung aber offen zu lassen, hat es nicht über das Gesetzgebungspaket im Ganzen abgestimmt, sondern nur über die



Änderungsanträge. Allerdings sind die Verhandlungen im Rat derzeit unterbrochen und werden demnächst erst wieder aufgenommen. Es gab zuletzt zwei größere Streitpunkte: zum einen, ob Reiserücktrittsversicherungen vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden sollen, da es sich hier um einfache Standardprodukte handelt; eine Mehrheit im EP hat sich am Ende gegen eine Ausnahme ausgesprochen. Zum anderen hatte insbesondere die S&D-Fraktion ein Provisionsverbot beim Vertrieb von Versicherungsanlageprodukten gefordert; hier hat sich die Mehrheit am Ende dafür entschieden, dies den Mitgliedstaaten zu überlassen und damit nicht per se europäisch vorzusehen.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140221IPR36633/html/Versicherungen-Bessere-Informationen-und-Beratung-zum-Schutz-der-Verbraucher>

### **BINNENMARKTANZEIGER DER KOMMISSION – LEICHTER ANSTIEG DES UMSETZUNGSDEFIZITS**

Die Kommission hat am 28.04.2014 ihre neuesten Zahlen zum Stand der Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten im sog. „Binnenmarktanzeiger“ veröffentlicht. Danach setzten die Mitgliedstaaten die Binnenmarktvorschriften im Zeitraum Mai bis November 2013 langsamer um als zuvor, die Zahl der Verstöße blieb jedoch stabil. Nach einem stetigen Rückgang in den letzten Jahren ist das durchschnittliche Umsetzungsdefizit in der EU – d. h. der Prozentsatz der Binnenmarkttrichtlinien, die nicht fristgerecht in einzelstaatliches Recht umgesetzt wurden – von 0,6 % im Vorjahr auf nun 0,7 % gestiegen, was aber immer noch unterhalb der 2007 von den Staats- und Regierungschefs vereinbarten Obergrenze von 1 % liegt.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-205\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-205_de.htm?locale=en)

### **EP FORDERT ZIELORIENTIERTERE KOHÄSIONSPOLITIK UND AUSSAGEKRÄFTIGERE FORTSCHRITTSBERICHTE**

Das EP-Plenum hat am 26.02.2014 einen Initiativbericht über den 7. und 8. Fortschrittsbericht der Kommission über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und den Strategiebericht 2013 zur Umsetzung der Programme 2007-2013 verabschiedet. Darin bemängelt es, dass der Schwerpunkt der Kohäsionspolitik bislang mehr auf der regionalen Integration als auf der Festlegung und Überwachung von Zielen sowie der Bewertung des Erreichten gelegen habe. Bei der Überprüfung des Programmzeitraums 2007 - 2013 seien Aspekte wie Effizienz, Wirksamkeit und Auswirkungen bislang nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Text des Initiativberichts des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0132+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



## ENERGIE

### ENERGIERAT UND UMWELTRAT – GROSSE UNEINIGKEIT ZU 2030-ZIELEN FÜR DIE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

Am 04.03.2014 tagte der Rat der Energieminister, an dem auch Bundeswirtschaftsminister *Sigmar Gabriel* teilnahm. Entscheidungen gab es keine, dafür Aussprachen zu im Wesentlichen zwei Themen: Zu den klima- und energiepolitischen Zielen bis zum Jahr 2030, wie sie die Kommission in ihrer Mitteilung vom 22.01.2014 vorgeschlagen hat (EB 02/14), und zu Energiepreisen (Mitteilung vom selben Tag). Wie schon tags zuvor beim Umweltrat prallten bei der Diskussion verschiedene Positionen der Mitgliedstaaten aufeinander: Während Deutschland und eine Reihe weiterer Mitgliedstaaten eine ambitionierte Position insbesondere zum CO<sub>2</sub>-Ziel vertraten und im Grundsatz auch ein EU-weit verbindliches Ziel für den Ausbau erneuerbarer Energien von „mindestens 27 %“ forderten, hielten andere Mitgliedstaaten den Kommissionsvorschlag für zu weitgehend: Ihnen ist der Zielwert für die CO<sub>2</sub>-Reduktion zu hoch, ein verbindliches Ausbauziel für erneuerbare Energien lehnen sie insgesamt ab. Es ist damit offen, ob sich der ER auf seiner Tagung am 20./21.03.2014 bereits auf ein weiteres Vorgehen einigen kann.

Pressemitteilung zum Energierat (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/trans/141312.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/trans/141312.pdf)

Pressemitteilung zum Umweltrat (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/envir/141298.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/141298.pdf)

Stellungnahme der Minister der „Green Growth“- Initiative, darunter die BM *Gabriel* und *Hendricks* (in englischer Sprache):

<https://www.gov.uk/government/news/green-growth-group-ministers-statement-on-climate-and-energy-framework-for-2030>

## TECHNOLOGIE UND INNOVATION

### ERGEBNISSE DES WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRATS – BEREICH FORSCHUNG UND RAUMFAHRT

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat sich am 21.02.2014 mit den Themenbereichen Forschung und Raumfahrt beschäftigt. Dabei ging es insbesondere um die künftige Beziehung zwischen der EU und der Europäischen Raumfahrtagentur (ESA), die auf Basis des von der Kommission Anfang Februar vorgelegten Fortschrittsberichts (EB 03/14) diskutiert wurde. Darüber hinaus berichtete die griechische Präsidentschaft über die Trilog-Ergebnisse zu dem von der Kommission im Juli 2013 vorgeschlagene „Innovation Investment Package“ unter Horizont 2020 (s. hierzu eigenen Beitrag in diesem EB). Zum Thema Europäischer Forschungsraum nahm der Rat Schlussfolgerungen an (s. hierzu den Beitrag des StMBW in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates (ab S. 14; in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/intm/141115.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/141115.pdf)



## **TRILOGEINIGUNG ZUR ERRICHTUNG GEMEINSAMER TECHNOLOGIEINITIATIVEN SOWIE WEITERER GEMEINSAMER UNTERNEHMEN IM RAHMEN VON HORIZONT 2020**

Der Rat hat am 26.02.2014 auf Botschafterebene (AStV) eine zuvor mit dem EP erzielte Trilogieeinigung zu der von der Kommission im Juli vorgeschlagenen Gründung mehrerer öffentlich-privater und öffentlich-öffentlicher Partnerschaften für Investitionen („innovation investment package“) unter Horizont 2020 (EB 13/13) politisch gebilligt. Sie sieht vor, dass ab 2014 gemeinsame Investitionen der EU, der Mitgliedstaaten und der europäischen Industrie von insgesamt rund 22 Mrd. € in sog. „Gemeinsame Unternehmen“ erfolgen sollen. Aus Horizont 2020 werden dafür nun Mittel in Höhe von insg. 8,2 Mrd. € bereitgestellt. Hauptstreitpunkt der Verhandlungen war die Budgetverteilung zwischen den Gemeinsamen Unternehmen und das Audit-Recht.

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/intm/141188.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/141188.pdf)

## **KOMMISSIONSBERICHTE ZUR INNOVATIONSLEISTUNG DER MITGLIEDSTAATEN SOWIE DER REGIONEN 2014: EUROPA INNOVATIVER, ABER WEITER REGIONALE UNTERSCHIEDE**

Die Kommission hat am 04.03.2014 zum einen ihren Innovationsanzeiger 2014 veröffentlicht. Darin werden anhand von 25 Indikatoren Fortschritte der einzelnen Mitgliedstaaten in den Bereichen Forschung und Innovation festgestellt. Kernaussage des aktuellen Rankings ist, dass Europa den Innovationsrückstand gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan in den vergangenen Jahren verringert hat, die Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten jedoch erhalten blieben. Daneben hat sie den regionalen Innovationsanzeiger veröffentlicht, der die Unterschiede der regionalen Innovationsleistung anhand 190 untersuchter Regionen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten, der Schweiz und Norwegen misst.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-198\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-198_de.htm)

Website der Kommission mit Verlinkung zum Presse-Memo sowie zum Innovationsanzeiger der Mitgliedstaaten und zum regionalen Innovationsanzeiger 2014 (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item\\_id=7330&tpa=135&tk=&lang=de](http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=7330&tpa=135&tk=&lang=de)

## **SONSTIGES**

### **EP BILLIGT TRILOGEINIGUNG ZUR NEUEN TABAKPRODUKTE-RICHTLINIE**

Das EP hat am 26.02.2014 mit großer Mehrheit (514/66/58) den zuvor im Trilog mit Rat und Kommission gefundenen Kompromiss zur neuen Richtlinie zu Tabakprodukten gebilligt, die Jugendliche vom Rauchen abhalten soll. Die neuen Regeln sehen u. a. vor, dass künftig 65 % der Verpackungsfläche mit Warnhinweisen und Schockbildern versehen sind. E-Zigaretten müssen entweder als Arzneimittel behandelt werden, wenn sie als Entwöhnungshilfen beworben werden, oder als Tabakprodukte. Werden sie als



Tabakprodukt behandelt, darf ihr Nikotingehalt 20mg/ml nicht übersteigen. Der Text muss noch (voraussichtlich 14.03.2014) vom Rat verabschiedet werden. Die Mitgliedstaaten müssen die Bestimmungen nach Inkrafttreten der Richtlinie innerhalb von zwei Jahren umsetzen. Für alle Produktkategorien ist ein Übergangszeitraum vorgesehen, so wird es für Produkte mit einem Marktanteil von mehr als 3 % in der EU eine Auslaufphase von vier Jahren geben; dies betrifft z. B. Mentholzigaretten, die ab 2020 nicht mehr verkauft werden dürften. Schnupftabak ist von dem Verbot von Zusatzstoffen aber ausgenommen.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140221IPR36632/html/Tabakrichtlinie-Parlament-handelt-um-junge-Menschen-vom-Rauchen-abzuhalten>

### **ASTV BESTÄTIGT TRILOGEINIGUNG ÜBER NICHTFINANZIELLE BERICHTSPFLICHTEN**

Der Ausschuss der ständigen Vertreter (ASTV) hat am 26. Februar 2014 die Einigung im informellen Trilog über den RL-Vorschlag zur Offenlegung nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte Gesellschaften und Konzerne (KOM(2013)0207) bestätigt. Nach dieser Trilogeeinigung müssen bestimmte große Unternehmen im Interesse einer verbesserten Transparenz über Umwelt-, Sozial-, Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte sowie Bekämpfung von Korruption und Bestechung berichten. Dabei sind ihre diesbezüglich verfolgten Strategien zu beschreiben, die Ergebnisse dieser Strategien darzustellen und auf Risiken im Hinblick auf diese Belange hinzuweisen. Falls ein Unternehmen in einzelnen oder allen Bereichen keine Strategie hat, ist eine Erklärung erforderlich. Die Pflichten gelten für Unternehmen von öffentlichem Interesse mit mehr als 500 Mitarbeitern. Darunter sind u. a. börsennotierte Unternehmen, Banken, Versicherungsunternehmen oder Unternehmen, die z. B. wegen der Art ihrer Tätigkeit oder ihrer Größe von öffentlicher Bedeutung sind, zu verstehen. Es wird davon ausgegangen, dass um die 6000 Unternehmen in der EU betroffen sind (s. Beitrag des StMAS in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/intm/141189.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/141189.pdf)

### **STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN**

---

#### **EU-SCHUTZ FÜR DIE „BAYERISCHE BREZE“**

Am 21.02.2014 wurde die „Bayerische Breze“ bzw. „Bayerische Brezn“, „Bayerische Brez'n“ oder „Bayerische Brezel“ als geschützte geografische Angabe (g. g. A.) in das europäische Register der geschützten geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen aufgenommen. Der Schutz tritt am 20. Tag nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft. Ausschließlich Brezen, die im Freistaat Bayern hergestellt werden, dürfen dann als „bayerisch“ bezeichnet werden. Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner begrüßte



die EU-Eintragung der Spezialität nach knapp sechsjährigem Anerkennungsverfahren. Neben der Bayerischen Breze sind noch 25 weitere bayerische Qualitätsprodukte geschützt, darunter das Bayerische Bier (g. g. A.), der Allgäuer Bergkäse (g. U.) oder die Nürnberger Rostbratwürste (g. g. A.).

Durchführungsverordnung zur Eintragung der „Bayerische Brezn“:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2014:052:0009:0010:DE:PDF>

Veröffentlichung des Eintragungsantrags:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2013:262:0013:0015:DE:PDF>

## **ENTWURF ZUR VERÄNDERUNG DES EU-BEIHILFERECHTS IM BEREICH LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT VERÖFFENTLICHT**

Im Rahmen der laufenden Reform des EU-Beihilferechts bezüglich „staatlicher Beihilfen“ werden auch die Rechtsgrundlagen für Beihilfen in der Land- und Forstwirtschaft sowie für die Entwicklung des ländlichen Raums überarbeitet. Ein entsprechender Entwurf der neuen Regelungen wurde am 24.02.2014 durch die Kommission veröffentlicht. Bis zum 24.03.2014 ist es interessierten Kreisen möglich, sich zu diesem Entwurf zu äußern. Die Mitgliedstaaten werden mit den Beratungen über den neuen Entwurf voraussichtlich Mitte März beginnen.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-185\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-185_de.htm)

## **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHT ÜBER VERTEILUNG DER DIREKTZAHLUNGEN IM JAHR 2012**

Laut dem am 21.02.2014 von der Kommission veröffentlichten Jahresbericht über die Verteilung der Direktzahlungen an EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2012, verringerte sich 2012 im Vergleich zum Vorjahr der Anteil der Landwirte, die geringe Mengen an Direktzahlungen erhielten. Die durchschnittliche Höhe der Direktzahlungen an Landwirte stieg insbesondere in den Mitgliedstaaten, die der EU in den Jahren 2004 und 2007 beigetreten sind.

[http://ec.europa.eu/agriculture/cap-funding/beneficiaries/direct-aid/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/cap-funding/beneficiaries/direct-aid/index_de.htm)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION**

---

### **EP-PLENUM VOM 24.-27.02.2014 IN STRASSBURG – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMAS**

Entschließung des EP zu beschäftigungspolitischen und sozialen Aspekten des Europäischen Semesters



Die Entschließung vom 25.02.2014 begrüßt Scoreboard mit beschäftigungs- und sozialpolitischen Schlüsselindikatoren, das dieses Jahr erstmals im Gemeinsamen Beschäftigungsbericht aufgenommen worden ist. Gefordert werden jedoch weitere Indikatoren, insbesondere zu Kinderarmut, Zugang zur Gesundheitsversorgung, Obdachlosigkeit und angemessenen Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig bedauern die Abgeordneten die begrenzte Rolle, die dem Europäischen Parlament (EP) im Rahmen des Europäischen Semesters zukommt und fordern eine stärkere Einbindung bei der Ausarbeitung und Genehmigung des Jahreswachstumsberichts sowie der Grundzüge der Wirtschaftspolitik und der beschäftigungspolitischen Leitlinien. Daneben geht die Entschließung auf zehn weitere Bereiche ein, wozu im Anhang spezifische Empfehlungen zur Umsetzung durch den Europäischen Rat in seinen politischen Leitlinien gegeben werden.

#### EP VERABSCHIEDET HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PERSONEN

Das Europäische Parlament (EP) hat am 25.02.2014 die Trilogeinigung über den Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen angenommen. Der Fonds mit einem Budget von ca. 3,8 Mrd. € in heutigen Preisen für die Jahre 2014 bis 2020, der an die Stelle des Europäischen Nahrungsmittelhilfeprogramms tritt, dient in Zukunft sowohl zur Finanzierung von Verteilung von Nahrungsmitteln und grundlegenden Konsumgütern des täglichen Gebrauchs als auch von Maßnahmen zur sozialen Inklusion, um den am stärksten von Armut betroffenen Personen zu helfen. Der Fonds soll auch der Verschwendung von Nahrungsmitteln entgegenwirken und kann deshalb Maßnahmen im Zusammenhang mit der Sammlung, dem Transport, der Lagerung und der Verteilung gespendeter Nahrungsmittel unterstützen. Die Kofinanzierungsrate beträgt 85 % und kann auf bis zu 95 % erhöht werden für die Mitgliedstaaten, die von der Krise am stärksten getroffen wurden. Deutschland wird 70 Mio. € in Preisen von 2011 aus dem Fonds bekommen. Die formale Annahme durch den Ministerrat wird in den nächsten Wochen erfolgen.

#### EP NIMMT RICHTLINIE ÜBER ZUGANGSERLEICHTERUNGEN FÜR DRITTSTAATSANGEHÖRIGE ZU FORSCHUNGS-, STUDIEN- UND SCHÜLERAUSTAUSCHZWECKEN AN

Das EP hat in seiner legislativen Entschließung vom 25.02.2014 in Straßburg zu dem Vorschlag einer Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen in erster Lesung abgestimmt und den Gesetzesentwurf mit 578 Ja-Stimmen angenommen. Der Entwurf soll die EU durch den Abbau administrativer Hindernisse für Drittstaatsangehörige attraktiver machen, die in der EU forschen, studieren, an einem Schüleraustausch teilnehmen und bezahlte oder unbezahlte Praktika, Freiwilligendienste oder Au-Pair-Aufenthalte absolvieren. Die Richtlinie soll Ausbeutung und Schwarzarbeit in der EU verhindern, Innovation fördern sowie auf dem demographischen Wandel basierende Arbeitsmarktdefizite beheben. Der vom EP angenommene Text ist das Ergebnis von Trilogverhandlungen mit der Kommission und dem Rat. Der Rat muss den Vorschlag noch formell annehmen, damit die Richtlinie in Kraft treten kann (s. hierzu Beitrag des StMBW in diesem EB).



#### ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR BEKÄMPFUNG DER GEWALT GEGEN FRAUEN

In seiner EntschlieÙung vom 25.02.2014 fordert das Europäische Parlament (EP) die Kommission auf, bis Ende des Jahres einen Vorschlag für einen Rechtsakt mit Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung des Vorgehens der Mitgliedstaaten im Bereich Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen vorzulegen. Dafür sind der EntschlieÙung ausführliche Empfehlungen beigefügt. Außerdem fordern die Abgeordneten ein Europäisches Jahr zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen innerhalb der nächsten drei Jahre.

#### ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR SEXUELLEN AUSBEUTUNG UND PROSTITUTION UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Mit ihrer EntschlieÙung vom 26.02.2014 wenden sich die Abgeordneten klar gegen Zwangsprostitution und sexuelle Ausbeutung. Sie betonen u. a., dass die Gesundheitsrechte aller Frauen respektiert werden müssen. Besonders gehen sie auf Kinderprostitution ein, die von den Mitgliedstaaten so entschieden wie möglich zu bekämpfen sei. Die EntschlieÙung enthält daneben einen Aufruf zu Präventionskampagnen, auch im Internet. Die Mitgliedstaaten werden außerdem gebeten, auf die Rolle der Bildung im Rahmen der Prävention hinzuweisen und u. a. aufgefordert, Prostituierte nicht zu kriminalisieren, Menschenhandel zu bekämpfen und bewährte Verfahren auszutauschen. Außerdem geht es den Abgeordneten um eine wirksame Hilfe für Opfer von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung.

#### RICHTLINIENVORSCHLAG ÜBER DEN BARRIEREFREIEN ZUGANG ZU WEBSITES ÖFFENTLICHER STELLEN: EP FORDERT INSBESONDERE WEITERGEHENDEN ANWENDUNGSBEREICH

In seiner Plenarsitzung am 26.02.2014 hat das EP eine legislative EntschlieÙung zum Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen mit großer Mehrheit (593/40/13) gebilligt. Basierend auf dem Entwurf des Berichtstatters *Jorgo Chatzimarkakis* (ALDE/Deutschland) fordert das EP zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Überwachung, Berichterstattung und Durchsetzung sowie insbesondere eine Erweiterung des Geltungsbereichs der Richtlinie auf alle Internetseiten öffentlicher Stellen und zusätzlich von Körperschaften, die öffentliche Aufgaben ausführen. Dabei soll es sich nur um eine begrenzte Anzahl von Websites für grundlegende, abschließend aufgezählte Dienstleistungen handeln, wie etwa die Versorgung mit Wasser und Strom oder im Gesundheitswesen. Kleine Körperschaften mit bis zu zehn Beschäftigten können von den Mitgliedstaaten ausgenommen werden. Die Kommission hat demgegenüber den Anwendungsbereich auf zwölf einschlägige Arten von Websites öffentlicher Stellen beschränkt, die für die Beteiligung der Allgemeinheit an Wirtschaft und Gesellschaft wesentlich sind. Ziel der Richtlinie ist es, durch Einführung harmonisierter Anforderungen eine Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten zum barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen zu bewirken (s. hierzu Beitrag des StMFLH in diesem EB).



Entschließung zu beschäftigungspolitischen und sozialen Aspekten des Europäischen Semesters:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0129+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Legislative Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0124+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Memo der Kommission zum Fonds:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-131\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-131_en.htm)

Link zur Entschließung des EP zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0126+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Entschließung des EP zur sexuellen Ausbeutung und Prostitution und ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0162+0+DOC+XML+V0//DE>

Legislative Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2014-0158&format=XML&language=DE>

## **BESTANDSAUFNAHME DER KOMMISSION ZUR STRATEGIE EUROPA 2020: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMAS**

In einer am 05.03.2014 vorgelegten Mitteilung zieht die Kommission nach vier Jahren Bilanz über die Europa-2020-Strategie. Diese Strategie aus dem Jahr 2010 besteht aus fünf Kernzielen, zwei darunter von besonderem Interesse für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik: bis 2020 sollen mindestens 75 % der Menschen zwischen 20 und 64 Jahren in Beschäftigung und 20 Mio. weniger Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sein. Die Mitteilung macht deutlich, dass die Fortschritte bei den einzelnen Zielen bislang sehr unterschiedlich sind. Während bei den Bildungs-, Klima- und Energiezielen viel dafür spricht, dass diese nahezu oder ganz erreicht werden können, sieht es bei den Beschäftigungs-, Forschungs- und Entwicklungs- sowie Armutszielen infolge der Krise deutlich schlechter aus.

Link zur Mitteilung samt Anhang:

[http://ec.europa.eu/europe2020/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/index_en.htm)

## **ASTV BESTÄTIGT TRILOGEINIGUNG ZUR ENTSENDUNG**

Am 05.03.2014 bestätigte der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) die Einigung, die im informellen Trilog am 27.02.2014 zum Richtlinienvorschlag zur Durchsetzung der RL 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen gefunden worden war. Damit glückte nach



schwierigen Verhandlungen rechtzeitig ein Kompromiss, um diesen Richtlinienvorschlag noch in dieser Legislaturperiode abzuschließen. Der Kompromisstext zu den Kontrollmaßnahmen in Art. 9 sieht im Sinne einer offenen Liste vor, dass die Mitgliedstaaten nur die Verwaltungsanforderungen und Kontrollmaßnahmen auferlegen dürfen, die notwendig sind, um die effektive Überwachung der Einhaltung der in dieser Richtlinie und der Richtlinie 96/71/EG aufgestellten Anforderungen sicherzustellen unter der Voraussetzung, dass diese Maßnahmen gerechtfertigt und verhältnismäßig in Übereinstimmung mit dem Unionsrecht sind. Bei Art. 12 zur Generalunternehmerhaftung entspricht die Trilogeinigung der allgemeinen Ausrichtung des Rates.

Link zur Pressemitteilung des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/lsa/141319.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/lsa/141319.pdf)

### **ASTV BESTÄTIGT TRILOGEINIGUNG ÜBER NICHTFINANZIELLE BERICHTSPFLICHTEN**

Der Ausschuss der ständigen Vertreter (ASTV) hat am 26. Februar 2014 die Einigung im informellen Trilog über den RL-Vorschlag zur Offenlegung nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte Gesellschaften und Konzerne (KOM(2013)0207) bestätigt. Nach dieser Trilogeinigung müssen bestimmte große Unternehmen im Interesse einer verbesserten Transparenz über Umwelt-, Sozial-, Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte sowie Bekämpfung von Korruption und Bestechung berichten. Dabei sind ihre diesbezüglich verfolgten Strategien zu beschreiben, die Ergebnisse dieser Strategien darzustellen und auf Risiken im Hinblick auf diese Belange hinzuweisen. Falls ein Unternehmen in einzelnen oder allen Bereichen keine Strategie hat, ist eine Erklärung erforderlich. Die Pflichten gelten für Unternehmen von öffentlichem Interesse mit mehr als 500 Mitarbeitern. Darunter sind u. a. börsennotierte Unternehmen, Banken, Versicherungsunternehmen oder Unternehmen, die z. B. wegen der Art ihrer Tätigkeit oder ihrer Größe von öffentlicher Bedeutung sind, zu verstehen. Es wird davon ausgegangen, dass um die 6000 Unternehmen in der EU betroffen sind.

Link zur Pressemitteilung des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/intm/141189.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/141189.pdf)

### **EUGH-URTEIL ZUR UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN**

Am 27.02.2014 hat der EuGH (Rechtssache C 79/13) in Auslegung der Richtlinie 2003/9/EG zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten entschieden, dass im Falle von Geldleistungen für die Unterbringung von Asylbewerbern diese ab dem Zeitpunkt der Antragstellung zu gewähren sind und deren Höhe für ein menschenwürdiges Leben ausreichen muss, bei dem die Gesundheit und der Lebensunterhalt der Asylbewerber gewährleistet sind. Dabei ist die Wahrung der Interessen besonders bedürftiger Personen wie Kinder zu berücksichtigen. Insbesondere müssen daher die Leistungen so hoch sein, dass minderjährige Kinder von Asylbewerbern bei ihren Eltern wohnen können. Mitgliedstaaten können im Fall der Vollaustattung ihrer Strukturen für die Unterbringung auf allgemeine



Sozialhilfeeinrichtungen weiterverweisen, sofern dafür gesorgt ist, dass die in der Richtlinie vorgesehenen Mindestnormen für Asylbewerber beachtet werden.

Pressemitteilung:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-02/cp140024de.pdf>

Urteil:

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-79/13>

## **EUROPÄISCHER MONITOR FÜR OFFENE STELLEN MIT BESONDEREM SCHWERPUNKT AUF SÜDEUROPA**

Der neueste vierteljährlich erscheinende Europäische Monitor für öffentliche Stellen der Kommission widmet sich mit einem besonderen Schwerpunkt der Arbeitsmarktlage in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien. Die Beschäftigung sank in diesen vier Mitgliedstaaten im zweiten Quartal 2013 gegenüber dem Vorjahr mit -4,3 % in Griechenland, -1,8 % in Italien, -4,1 % in Portugal und -3,6 % in Spanien deutlich stärker als im EU-Durchschnitt (-0,4 %). Die Anzahl der Einstellungen ging mit -6 % im selben Zeitraum ebenfalls stärker zurück als im EU-Durchschnitt (-4 %). Insgesamt fiel die Zahl der Beschäftigten in diesen vier Ländern zwischen 2011 und 2012 zusammen um über eine Million. Steigende Beschäftigungszahlen wurden nur im Gesundheitssektor, Einzelhandel und in der Verwaltung gemeldet.

Link zur Pressemitteilung:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-184\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-184_de.htm)

Link zum Europäischen Monitor für offene Stellen:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=955&newsId=2026&furtherNews=yes>

## **EUROPÄISCHER TAG DER LOHNGLEICHHEIT AM 28. FEBRUAR ZEIGT, DASS SICH AM LOHNGEFÄLLE NICHTS VERÄNDERT HAT**

Das geschlechtsspezifische Lohngefälle – unterschiedlicher durchschnittlicher Stundenlohn bei Frauen und Männern in allen Wirtschaftszweigen – ist im letzten Jahr gleich geblieben – bei 16,4 %. Weil man ausgerechnet hat, dass Frauen 59 Tage „unentgeltlich“ arbeiten müssen, um mit den Männern gleichzuziehen, fand der Europäische Tag der Lohngleichheit (Equal Pay Day) erneut am 28. Februar statt, und das zum zweiten Mal.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-190\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-190_de.htm)

## **BESTANDSAUFNAHME DER KOMMISSION NACH EINEM JAHR SOZIALINVESTITIONSPAKET**

Die Kommission veröffentlichte ein Jahr nach der Vorlage des Sozialinvestitionspakets am 21. Februar 2014 eine Bestandsaufnahme. Darin führt sie die Maßnahmen auf, die sie selbst und die Mitgliedstaaten bisher im



Sinne dieses Pakets ergriffen bzw. geplant haben. Die Maßnahmen der Kommission finden sich im Einzelnen in einem Fahrplan für die Umsetzung des Sozialinvestitionspakets. Das Sozialinvestitionspaket soll den Mitgliedstaaten Leitlinien u. a. für Investitionen in Kinder, zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit, sozialen Inklusion sowie zu sozialpolitischen Innovationen geben und betont besonders den präventiven Charakter von Sozialleistungen.

Link zur Pressemitteilung der Kommission und zum Fahrplan:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-179\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-179_de.htm)

### **ARBEITSLOSENQUOTE IM EURORAUM IM JANUAR 2014 ERNEUT BEI 12 %**

Eurostat, das statistische Amt der EU, meldete für Januar 2014 eine saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum von 12,0 %. Ein Jahr zuvor war die Quote auf dem gleichen Stand. Der EU-Durchschnitt aller 28 Mitgliedstaaten lag bei 10,8 % (Januar 2013: 11,0 %), ebenfalls stabil seit Oktober 2013. Diese Werte entsprechen 26,231 Mio. arbeitslosen Menschen in der EU28, davon 19,175 Mio. im Euroraum.

Pressemitteilung von Eurostat:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STAT-14-30\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-14-30_de.htm)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST**

---

### **ERGEBNISSE DES EU-BILDUNGSMINISTERRATS AM 24.02.2014**

Bei ihrem Treffen am 24.02.2014 in Brüssel nahmen die EU-Bildungsminister unter griechischer Ratspräsidentschaft Schlussfolgerungen des Rates zum Thema „Mit einer effizienten und innovativen allgemeinen und beruflichen Bildung in Qualifikationen investieren – ein Beitrag zum europäischen Semester 2014“ an. Mehrere Mitgliedstaaten verbanden die Verabschiedung des Textes angesichts zahlreicher Berichterstattungspflichten mit einem nachdrücklichen Appell für eine effizientere und weniger ausgeweitete Berichterstattung im Bildungsbereich. Darüber hinaus wurde mehrfach eine eingehendere Befassung des Rates mit der Kommissionsinitiative „Die Bildung öffnen“ vom September 2013 zum digitalen Lehren und Lernen eingefordert. Zudem führten die Minister eine Debatte zum Thema „Entwicklung von Fertigkeiten und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit vor dem Hintergrund der OPIAAC- und PISA-Ergebnisse“. Österreich zeigte sich schließlich gegenüber dem derzeit auf Arbeitsebene verhandelten Benchmark für Sprachenkompetenz u. a. wegen der mangelnden Vergleichbarkeit und des für das Ziel der Förderung von Mehrsprachigkeit als ungeeignet angesehenen Instruments überaus kritisch und mahnte ernsthafte und konstruktive Diskussionen im EU-Bildungsausschuss hierzu an, was die Präsidentschaft zusagte. Der Rat tagte erneut im „Inner Circle“. Deutschland wurde von der Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Ministerin *Löhrmann* (Nordrhein-Westfalen), und dem stellvertretenden Ständigen Vertreter der



Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Botschafter *Dr. Peruzzo*, vertreten, die mehrfach ihre Plätze tauschten.

Link zu den Ratsschlussfolgerungen zum Thema „Mit einer effizienten und innovativen allgemeinen und beruflichen Bildung in Qualifikationen investieren – ein Beitrag zum europäischen Semester 2014“:

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&t=PDF&gc=true&sc=false&f=ST%206285%202014%20INIT>

Link zum Ratsdokument zum Thema „Entwicklung von Fertigkeiten und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit vor dem Hintergrund der OPIAAC- und PISA-Ergebnisse“:

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&t=PDF&gc=true&sc=false&f=ST%206085%202014%20INIT>

### **WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 21.02.2014: ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMBW**

Im Forschungsteil des Wettbewerbsfähigkeitsrats am 21.02.2014 nahmen die Minister Schlussfolgerungen zum Europäischen Forschungsraum (EFR) an, die die Rolle der Mitgliedstaaten betonen und für die weitere Entwicklung des EFR eine kontinuierliche Roadmap für die Zeit ab 2015 vorsehen. Die Minister befassten sich mit der Umsetzung des „Investitionspakets für die Innovation“, bestehend aus öffentlich-öffentlichen und öffentlich-privaten Forschungspartnerschaften, und ließen sich über die laufenden Vertragsverhandlungen zu den Assoziierungsabkommen zu „Horizont 2020“ informieren, u. a. im Hinblick auf die Schweiz. Die deutsche Delegation wurde von Staatssekretär *Schütte* (BMBF) geleitet.

Ratsschlussfolgerungen zum Europäischen Forschungsraum:

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&t=PDF&gc=true&sc=false&f=ST%206353%202014%20INIT>

### **BESTANDSAUFNAHME DER KOMMISSION ZUR STRATEGIE EUROPA 2020: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMBW**

In ihrer Bestandsaufnahme vom 05.03.2014 (s. auch Beitrag aus dem Bereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament in diesem EB) kommt die Kommission zu einer differenzierenden Bewertung der in den Bereichen Bildung und Forschung erzielten Ergebnisse. Während im Bildungsbereich von einer Erreichung der durch die Strategie Europa 2020 festgelegten Kernziele bis zum Auslaufen der Wirtschaftsstrategie auszugehen ist, bleibt nach Einschätzung der Kommission der Bereich Forschung und Entwicklung hinter den Zielen zurück.

Bestandsaufnahme der Kommission über die Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum vom 05.03.2014:

[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking_de.pdf)

Memo der Kommission über die Strategie Europa 2020 vom 05.03.2014:

[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-14-149\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-149_en.htm)



## EP NIMMT RICHTLINIE ÜBER ZUGANGSERLEICHTERUNGEN FÜR DRITTSTAATSANGEHÖRIGE ZU FORSCHUNGS-, STUDIEN- UND SCHÜLERAUUSTAUSCHZWECKEN AN

Das EP hat in seiner legislativen EntschlieÙung vom 25.02.2014 in StraÙburg zu dem Vorschlag einer Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen in erster Lesung abgestimmt und den Gesetzesentwurf mit 578 Ja-Stimmen angenommen. Der Entwurf soll die EU durch den Abbau administrativer Hindernisse für Drittstaatsangehörige attraktiver machen, die in der EU forschen, studieren, an einem Schüleraustausch teilnehmen und bezahlte oder unbezahlte Praktika, Freiwilligendienste oder Au-Pair-Aufenthalte absolvieren. Die Richtlinie soll Ausbeutung und Schwarzarbeit in der EU verhindern, Innovation fördern sowie auf dem demografischen Wandel basierende Arbeitsmarktdefizite beheben. Der vom EP angenommene Text ist Grundlage für Trilogverhandlungen mit Kommission und Rat. Da im AStV noch kein Standpunkt festgelegt werden konnte, ist derzeit nicht absehbar, wann diese beginnen werden.

Legislative EntschlieÙung des EP vom 25.02.2014:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2014-0122&language=DE>

## STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

---

### ENERGIE

#### ENERGIERAT UND UMWELTRAT – GROSSE UNEINIGKEIT ZU 2030-ZIELEN FÜR DIE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

Am 04.03.2014 tagte der Rat der Energieminister, an dem auch Bundeswirtschaftsminister *Sigmar Gabriel* teilnahm. Entscheidungen gab es keine, dafür Aussprachen zu im Wesentlichen zwei Themen: Zu den klima- und energiepolitischen Zielen bis zum Jahr 2030, wie sie die Kommission in ihrer Mitteilung vom 22.01.2014 vorgeschlagen hat (EB 02/14), und zu Energiepreisen (Mitteilung vom selben Tag). Wie schon tags zuvor beim Umweltrat prallten bei der Diskussion verschiedene Positionen der Mitgliedstaaten aufeinander: Während Deutschland und eine Reihe weiterer Mitgliedstaaten eine ambitionierte Position insbesondere zum CO<sub>2</sub>-Ziel vertraten und im Grundsatz auch ein EU-weit verbindliches Ziel für den Ausbau erneuerbarer Energien von „mindestens 27 %“ forderten, hielten andere Mitgliedstaaten den Kommissionsvorschlag für zu weitgehend: Ihnen ist der Zielwert für die CO<sub>2</sub>-Reduktion zu hoch, ein verbindliches Ausbauziel für erneuerbare Energien lehnen sie insgesamt ab. Es ist damit offen, ob sich der ER auf seiner Tagung am 20./21.03.2014 bereits auf ein weiteres Vorgehen einigen kann (s. hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Pressemitteilung zum Energierat (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/trans/141312.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/trans/141312.pdf)



Pressemitteilung zum Umweltrat (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/envir/141298.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/141298.pdf)

Stellungnahme der Minister der „Green Growth“- Initiative, darunter die BM Gabriel und Hendricks (in englischer Sprache):

<https://www.gov.uk/government/news/green-growth-group-ministers-statement-on-climate-and-energy-framework-for-2030>

## EP-PLENUM

### EP-PLENUM VOM 24. - 27.02.2014 IN STRASSBURG - ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUV

Auf der Tagung vom 24. - 27.02.2014 in Straßburg hat das Plenum des EP u.a. Entschlüsseungen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neuwagen, zu Biozidprodukten, zur Reform der EU-Markengesetze, über den barrierefreien Zugang zu Webseiten des öffentlichen Sektors, über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht und zur Richtlinie über Tabakprodukte angenommen.

EntschlieÙung des EP „Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emmissionen“:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2014-0117&language=DE&ring=A7-2013-0151>

EntschlieÙung des EP „Biozidprodukte“:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0125+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EntschlieÙung des EP „Gemeinschaftsmarke“:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0118+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EntschlieÙung des EP „Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Marken“:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0119+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EntschlieÙung des EP „Barrierefreier Zugang zu Websites öffentlicher Stellen“:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0158+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EntschlieÙung des EP „Gemeinsames Europäisches Kaufrecht“:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0159+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EntschlieÙung des EP „Tabakprodukte“:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0160+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



## **BESTANDSAUFNAHME DER KOMMISSION ZUR STRATEGIE EUROPA 2020: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMUV**

In einer am 05.03.2014 vorgelegten Mitteilung hat die Kommission eine Bilanz der Umsetzung der Ziele ihrer Wachstumstrategie Europa 2020 gezogen. Nach vier Jahren wird deutlich, dass die Fortschritte bei den einzelnen Zielen sehr unterschiedlich sind. Bildungs-, Klima- und Energieziele könnten nahezu oder ganz erreicht werden. Dagegen sieht es bei den Beschäftigungs-, Forschungs- und Entwicklungs- sowie Armutszielen infolge der Krise deutlich schlechter aus.

Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking_de.pdf)

## **KOMMISSION BEABSICHTIGT VORSCHLAG ZUR BODENSCHUTZ-RAHMENRICHTLINIE ZURÜCKZUZIEHEN**

Am 03.03.2014 wurde von den EU-Umweltministern bei einem informellen Meinungsaustausch gefordert, dass das Thema über verbesserte Schutzmaßnahmen für Erdböden gemäß dem 7. Umweltaktionsprogramm (UAP) wieder aufgenommen wird. Hierbei sollten vor allem die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten sowie die Achtung des Subsidiaritätsprinzips berücksichtigt werden.

## **STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE**

---

### **EP-PLENUM**

#### **EP-PLENUM VOM 24. - 27.02.2014 IN STRASSBURG - ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMGP**

Auf der Tagung vom 24. - 27.02.2014 in Straßburg hat das EP u. a. die EntschlieÙung für eine Verordnung über das Programm „Gesundheit für Wachstum“, das dritte mehrjährige EU-Aktionsprogramm im Bereich der Gesundheit, für den Zeitraum 2014-2020 sowie die EntschlieÙung für eine Richtlinie über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen angenommen.

EntschlieÙung des EP „3. EU-Aktionsprogramm im Bereich Gesundheit“:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2014-0156&language=DE>

EntschlieÙung des EP „Tabakprodukte“:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0160+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



## GESUNDHEITSWESEN

### KONZESSIONSRICHTLINIE: AUSSCHREIBUNG VON KRANKENTRANSPORTEN

Am 21.02.2014 antwortete die Kommission auf eine schriftliche Anfrage von MdEP *Steinruck* (S&D/DEU) zur Konzessionsrichtlinie. Ziel war es, Unklarheiten hinsichtlich europaweiter Ausschreibungen von Krankentransporten und deren Abgrenzung zur Patientenbeförderung zu beseitigen. Binnenmarktkommissar *Michel Barnier* stellte in seiner Antwort klar, dass gewerbsmäßig durchgeführte Krankentransporte unter die im Artikel 17 der Richtlinie vorgesehenen „vereinfachte Regelung“ fallen, d. h. dass die Vergabebehörde oder -stelle lediglich eine Vorinformation bei der Vergabe von Dienstleistungen veröffentlichen muss. Ferner wurde mitgeteilt, dass zwischen Krankentransport und Patientenbeförderung unterschieden wird. Die Dienstleistung der Patientenbeförderung besteht ausschließlich darin, Patienten im Krankenwagen zu befördern. Dagegen umfassen die andere Krankentransportdienste auch verschiedene medizinische oder paramedizinische Leistungen.

Antwort der Kommission:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2013-013111&language=DE>

Bezugsdokument der Anfrage:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/publicprocurement/docs/modernising\\_rules/COM2011\\_897\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/docs/modernising_rules/COM2011_897_de.pdf)

### TAG DER SELTENEN KRANKHEITEN

Am 28.02.2014, dem Tag der seltenen Krankheiten, hat die Kommission auf die Bedeutung eines gemeinsamen und integrierten Vorgehens bei der Erforschung dieser Krankheiten hingewiesen. Der Zugang zu Präventions-, Diagnose- und Behandlungsmaßnahmen muss für Patienten mit seltenen Erkrankungen europaweit weiter verbessert werden.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-141\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-141_en.htm)

### BESTANDSAUFNAHME DER KOMMISSION ZUR STRATEGIE EUROPA 2020

In einer am 05.03.2014 vorgelegten Mitteilung hat die Kommission eine Bilanz der Umsetzung der Ziele ihrer Wachstumsstrategie Europa 2020 gezogen. Nach vier Jahren wird deutlich, dass die Fortschritte bei den einzelnen Zielen sehr unterschiedlich sind. Bildungs-, Klima- und Energieziele könnten nahezu oder ganz erreicht werden. Dagegen sieht es bei den Beschäftigungs-, Forschungs- und Entwicklungs- sowie Armutszielen infolge der Krise deutlich schlechter aus (siehe hierzu Beiträge unter Politische Schwerpunkte und StMAS in diesem EB).

Mitteilung der Kommission:



[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking_de.pdf)

## IUK- UND MEDIENPOLITIK

---

### **BESTANDSAUFNAHME DER KOMMISSION ZUR STRATEGIE EUROPA 2020: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH IKT- UND MEDIENPOLITIK**

In ihrer am 05.03.2014 vorgestellten Bilanz zur Wachstumsstrategie Europa 2020 (EB 01/13; 05/10) kam die EU-Kommission im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu dem Ergebnis, dass Europas Wirtschaftsleistung in den letzten dreißig Jahren nicht gewachsen, sondern im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften wie den USA sogar gesunken ist (von 90 % des US-amerikanischen Pro-Kopf-BIP auf rund 70 %). Moderne elektronische Kommunikations- und Online-Dienste wie elektronische Behördendienste (E-Government) sind nach Auffassung der Kommission bereits für sich genommen bedeutende Wirtschaftszweige, darüber hinaus aber auch bedeutende Wachstums- und Produktivitätshebel für die gesamte Wirtschaft. Die Produktivitätsunterschiede zwischen EU und USA führt die Kommission vor allem auf zu niedrige Investitionen und zu geringen Einsatz von IKT im Euroraum zurück. Dasselbe gelte für die Investitionen bei der Infrastruktur für mobile Kommunikation, die weit hinter den wichtigsten internationalen Konkurrenten zurückliege. Weiter heißt es in der Bestandsaufnahme, dass die durchschnittliche Datengeschwindigkeit im europäischen Mobilfunk lediglich halb so hoch ist wie in den USA. Im Vergleich zu Korea, wo 58 % der Haushalte Glasfaseranschlüsse hätten, seien es in der EU nur 5 %. Auch was den Zugang zu Netzen der nächsten Generation angehe, verhalte es sich nicht anders: Nur 54 % der europäischen Haushalte würden über Kapazitäten von 30 Mbps verfügen. Im Ergebnis schließt die Kommission daraus, dass die europäische Unternehmensbranche im internationalen Vergleich in der neuen, datengestützten digitalen Wirtschaft in der Wertschöpfungskette so gut wie nicht vertreten ist.

Die Mitteilung der Kommission ist abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/europe2020stocktaking_de.pdf)

### **EP-INDUSTRIEAUSSCHUSS VERTAGT ENTSCHEIDUNG ÜBER VERORDNUNGSVORSCHLAG FÜR EINEN EINHEITLICHEN EUROPÄISCHEN TELEKOMMUNIKATIONSMARKT**

Der für den Verordnungsvorschlag für einen einheitlichen Telekommunikationsmarkt federführende Industrieausschuss (ITRE) im EP hat seine für den 24.02.2014 geplante Abstimmung über den von der Kommission vorgeschlagenen Entwurf verschoben (EB 02/14). Die Vertagung wurde damit begründet, dass die Abstimmungsunterlagen nicht in allen Sprachen vorgelegen hätten. Der Beschluss des Ausschusses soll, wenn die Abstimmung in zwei Wochen nachgeholt wird, Grundlage für die im April vorgesehene Schlussabstimmung im Plenum sein. Da anschließend die Verhandlungen mit EU-Kommission und



Ministerrat anstehen, kann die Verordnung schon aus verfahrensrechtlichen Gründen nicht mehr vor den Europawahlen im Mai verabschiedet werden.

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20140224-1900-COMMITTEE-ITRE>

## **STUDIE ZU GEBLOCKTEN INTERNET-INHALTEN UND ZUR NETZGESCHWINDIGKEIT VERÖFFENTLICHT**

Die EU-Kommission veröffentlichte am 27.02.2014 eine Studie, bei der 28.000 EU-Bürger dazu befragt wurden, wie sie auf die wesentlichen elektronischen Kommunikationsdienste zugreifen und diese nutzen können. Im Fokus der Umfrage standen die Netzgeschwindigkeit und das Blockieren von Online-Inhalten. Im Ergebnis gaben danach 24 % der europäischen Internetnutzer an, dass ihre Provider Videos, Musik oder andere Anwendungen nach wie vor blockieren würden (Deutschland: 14 %). 60 % der Nutzer kannten ihre Datengeschwindigkeit nicht (Deutschland: 47 %). Von denen, die sie kannten, gaben 26 % an, dass diese nicht ihrem Vertrag entspricht.

Weitere Informationen unter:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-136\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-136_en.htm)

Studie abrufbar unter:

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/consumers-perception-internet-speed-and-service-provision>

## **RAT VERABSCHIEDET RICHTLINIE ZUR EU-WEITEN NUTZUNG VON ONLINE-MUSIK**

Am 20.02.2014 verabschiedete der Rat die Richtlinie über kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im Binnenmarkt. Die Richtlinie ist innerhalb von zwei Jahren umzusetzen. Nach den neuen Regeln, auf die sich das EP bereits Anfang Februar geeinigt hatte (EB 03/14), können Anbieter von Online-Musikdiensten u. a. grenzüberschreitende Lizenzen von Verwertungsgesellschaften erhalten. Dadurch soll auch der Zugang zu Online-Musik verbessert und das Angebot breiter werden.

Weitere Informationen unter:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/intm/141081.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/141081.pdf)

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&t=PDF&gc=true&sc=false&f=ST%206434%202014%20REV%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&t=PDF&gc=true&sc=false&f=ST%206434%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&t=PDF&gc=true&sc=false&f=ST%206434%202014%20INIT>



## EP STIMMT FÜR BARRIEREFREIHEIT ÖFFENTLICHER WEBSITES

Am 26.02.2014 stimmte das EP-Plenum für einen barrierefreien Zugang zu allen öffentlichen Websites, nachdem Ende November 2013 bereits der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) sich für den Richtlinienvorschlag der Kommission ausgesprochen hatte (EB 21/13, 22/12). So sollen alle öffentlichen Stellen jedem EU-Bürger unabhängig von Alter und Behinderung den barrierefreien Zugriff auf Informationen und Funktionen ihrer Internetseiten gewährleisten. Zudem sollen auch mobile Anwendungen von der Richtlinie erfasst werden. Hintergrund ist, dass ein barrierefreier Webzugang immer größere Bedeutung gewinnt, da zunehmend die Service-Leistungen im öffentlichen Bereich online angeboten werden. Allerdings sieht *Sabine Verheyen* (MdEP, EVP/DEU) das Abstimmungsergebnis mit gemischten Gefühlen vor dem Hintergrund des damit verbundenen hohen und teuren Programmieraufwands und der finanziellen Lage der Kommunen. Der Ministerrat muss nun einen gemeinsamen Standpunkt verabschieden, wobei vor der Europawahl am 25.05.2014 damit nicht mehr zu rechnen ist.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140220IPR36573/html/MEPs-vote-to-make-online-public-services-accessible-to-everyone>